Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamantzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Westfir. 10, Fernspr. 1.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den lfd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis, Kamen.

Nr. 211 (1. Blatt) — **Montag, den 8. September 1924** — **52. Jahrgang.**

Eine englisch-französische Resolution zur Sicherheitsfrage.

Auf der Genfer Völkerbundsversammlung wurde, nachdem im Verlauf der weiteren Verhandlung noch die Vertreter verschiedener Nationen — wie Indien, Venezuela, Griechenland — Stellung zu den verschiedenen Fragen genommen hatten, die mit größter Spannung erwartete

Macdonald-Herriotsche Resolution

eingebracht. Dieselbe lautet:

Die Versammlung nimmt von den Erklärungen der vertretenen Regierungen Kenntnis, in welchen sie mit Genugtuung die Grundlagen einer Verständigung zur Aufrechterhaltung eines endgültigen Friedens erblickt. Um die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedenen hier ausgesprochenen Gesichtspunkten weiterbestehen, miteinander zu versöhnen und, wenn dies geschehen ist, in möglichst schneller Frist durch den Völkerbund eine internationale Konferenz über die Abrüstungsfrage einberufen zu können, beschließt die Versammlung folgendes:

1. Der Dritte Ausschuß wird damit beauftragt, die Dokumente über die Sicherheitsfrage und die Rüstungsbeschränkungsfrage zu prüfen, vor allem die Bemerkungen der verschiedenen Regierungen über den Plan eines Vertrages zur gegenseitigen Hilfeleistung (Garantiepakt), der infolge der Resolution 14 der dritten Versammlung ausgearbeitet wurde, sowie die anderen seit der Veröffentlichung des Vertragsprojekts vorbereiteten und dem Völkerbundssekretariat übermittelten Pläne. Die dritte Kommission soll ferner die Verpflichtungen prüfen, die der Völkerbundspakt hinsichtlich der Sicherheitsgarantien enthält, die im Falle eines Schiedsverfahrens oder einer Rüstungsbeschränkung notwendig werden könnten.

2. Die Erste Kommission ist beauftragt, a) die Artikel des Völkerbundspaktes über die Regelung von Streitigkeiten im Hinblick auf etwaige Abänderungen zu untersuchen, b) zu prüfen, innerhalb welcher Grenzen die Bestimmungen des Artikels 36 § 2 der Satzung des Internationalen Gerichtshofes zum Zwecke der Erleichterung einer Annahme dieser Klausel präzisiert werden können, und zwar dies alles mit dem Ziel, die Solidarität und die Sicherheit der Völker der Welt zu festigen, indem auf friedlichem Wege alle Streitigkeiten, die zwischen den Staaten entstehen könnten, gelöst werden.

Ministerpräsident Macdonald

erläuterte kurz Wesen und Sinn der Resolution, gab dann einen Ueberblick über die Debatte zur Sicherheitsfrage, wobei er Leon Bourgeois als Vorkämpfer des Schiedsgedankens feierte und dann Herriot die Versicherung seiner Anerkennung und Freundschaft aussprach. Er erklärte mit besonderem Nachdruck, daß die englische Regierung nicht daran denke, ihre Augen vor wirklichen Gefahren zu schließen, die Interessen der kleinen Staaten zu verkennen und ihre Garantien zu zerstören, aber man dürfe nicht rückwärts gehen, man müsse vorwärts schauen in der Richtung des gemeinsamen englisch-französischen Vorschlags, indem einstimmige Annahme dazu beitragen würde, daß der Name dieser Völkerbundsversammlung in goldenen Lettern in der Geschichte der Menschheit erstrahlt.

Herriot,

der hierauf das Wort ergriff, bezeichnete die gemeinsame Resolution als die schönste Tat, schöner als alle Reden und wies ebenfalls mit beredten Worten auf die gemeinsame Zusammenarbeit der englischen und französischen Ministerpräsidenten hin. Er und Macdonald seien mit dem Gefühl ihrer schweren Verantwortung und von dem Willen beseelt hierher gekommen, diesen Saal nicht zu verlassen, ohne die notwendige Einheit zu vollziehen, und das Beispiel zweier Männer zu geben, die alles tun, um eine für alle annehmbare Verständigung herbeizuführen. Das Ergebnis dieser Bemühungen sei die Resolution, zu der er auch im Namen seiner belgischen und italienischen Freunde die Zustimmung bringe. Es wäre beklagenswert, wenn diese große Debatte nur akademischen Charakter tragen und selbst nicht verwirklicht werden könne, wenn die letzten 4 Jahre, in denen man einen Weg zum Frieden suchte, vergeblich bleiben sollten. Die Methode, die hier angewandt wurde, war gut. Sie muß zum Erfolg führen. In dem Augenblick, fuhr Herriot fort, in dem er diesen Saal verlasse und zu seinen Regierungsgeschäften zurückkehre, wolle er seine Hoffnung auf das Gelingen des Werkes und seine herzlichste Dankbarkeit allen Mitgliedern der Versammlung aussprechen in der sicheren Erwartung, daß alle dem großen Ziele des Friedens nähergerückt seien.

Sowohl Macdonald als auch Herriot waren von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt worden. Beiden wurden beim Verlassen der Tribüne langanhaltende Ovationen dargebracht. Der greise Leon Bourgeois erhob sich von seinem Sitz und zu Macdonald hin, dem er die Hand schüttelte, wobei die Versammlung wieder in brausenden Beifall ausbrach. Unter stürmischem Händeklatschen wurde dann die Resolution einstimmig angenommen. Mit der Annahme der Resolution ist vorläufig die Debatte über die Sicherheitsfrage im Rahmen der Versammlung abgeschlossen, da jetzt die Dritte und die Erste Kommission das Wort haben.

Die Abreise.

Macdonald und Herriot reisten Sonnabend, nachdem sie zusammen mit ihren Delegationen zu Abend gegessen hatten, um 9.40 Uhr mit demselben Zuge nach Paris. Auf dem Bahnhof waren die meisten Delegationsführer der Völkerbundsversammlung und zahlreiche Pressevertreter erschienen. Die beiden Ministerpräsidenten unterhielten sich noch lange an den geöffneten Fenstern ihrer Waggons mit den Delegierten und Journalisten und erklärten wiederholt ihre Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen, während sie darauf hinwiesen, daß man mit Geduld und ohne Ueberstürzung an den heute aufgestellten Richtlinien weiter arbeiten müsse. Als der Zug sich in Bewegung setzte, brach die Menge in begeisterte Hochrufe aus.

Herriot traf gestern vormittag mit Macdonald in Paris ein. Er hat Macdonald in seinem Automobil zum Bahnhof gefahren, von wo Macdonald dann sofort über Bologne nach London weiterreiste. Der Abschied der beiden Staatsmänner war sehr herzlich. Mittags hat sich Herriot in Begleitung des Generals Nollet und des Marineministers Dumesni nach Meaux begeben, wo er einem Festessen zur Erinnerung an den Marnesieg beiwohnte.

Ein Fortschritt in der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Gewerkschaftenkongreß faßte wenigstens einen Beschluß von großer praktischer Bedeutung. Er beschloß dem „allgemeinen Rat der Gewerkschaften", das heißt dem Vollzugsausschuß der ganzen Bewegung, den er vor drei Jahren einsetzte, die nötigen Machtbefugnisse zu geben, die ihm das eifersüchtige Unabhängigkeitsgefühl der großen Gewerkschaften bisher vorenthalten hatte. Dieser Beschluß wird dem Rat erlauben, künftig in industriellen Streitigkeiten mit ganz anderer Entschiedenheit als bisher einzugreifen. Nach dem Beschluß sind die einzelnen Gewerkschaften künftig verpflichtet, den Rat über den Verlauf aller ihrer Unterhandlungen mit den Arbeitgebern auf dem laufenden zu halten, und ist der Rat ermächtigt, aus eigener Initiative einzugreifen, wenn ein Scheitern dieser Unterhandlungen droht oder wenn ein Stillstand andre Gewerkschaften hereinzuziehen oder die Durchschnittslöhne zu gefährden droht. Verweigert eine Gewerkschaft ihre Hilfe oder ihren Rat, so soll er sie dem Kongreß anzeigen. Nimmt sie ihn dagegen an und kommt es trotzdem zu einem Streik oder einer Aussperrung, so soll der Rat alle die materielle und moralische Unterstützung, über die er verfügen kann, für die betroffene Gewerkschaft mobilisieren. Ein früherer Vorschlag, dem Rat zu gestatten, zu diesem Zweck eine zwangsweise Umlage auszuschreiben, wurde diesmal nicht erneuert und das erklärt vielleicht, warum der Kongreß diese Ausdehnung der Befugnisse des Rates mit der gewaltigen Mehrheit von 3 678 000 vertretenen Stimmen gegen nur 259 000 guthieß, was zeigt, daß sich die großen Gewerkschaften und besonders die der Grubenarbeiter in der Sache bekehrt haben. Diese ganze Entwicklung dürfte die Sache des industriellen Friedens fördern; denn der Rat wird sicher keine unüberlegten Streiks, wie sie während der letzten drei Jahre so häufig waren, fördern, und anderseits wird die Entwicklung auch die Arbeitgeber zur Vorsicht mahnen.

Die einzigen Leute, denen dieser Beschluß wenig gefällt, sind die Kommunisten und ihre Freunde. Sie hatten auch sonst keinen guten Tag. Ueber einen Antrag, den Rat zu ermächtigen, eine Konferenz mit den russischen Gewerkschaften zu veranstalten, um die Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften und die rote Internationale von Moskau wieder zu vereinigen ging der Kongreß zur Tagesordnung über, obwohl ihn sein Vorsitzender, der Abgeordnete Purcell, der selbst Vorsitzender der Amsterdamer Internationale ist, warm zur Annahme empfahl. In der vorausgegangenen Aussprache fielen einige sehr scharfe Worte gegen die russischen Kommunisten. Will Thorne erhob Einspruch gegen „die scheußlichen Schimpfereien", welche die Moskauer Herren gegen die britischen Arbeiterführer zu richten pflegten; der Eisenbahner Cramp versicherte den Moskauern, die englischen Arbeiter würden sich nie dem Diktat Moskaus unterwerfen und der Abgeordnete Sexton schloß mit der Frage: „Wäre es nicht an der Zeit, da sder Kongreß und andre vernünftige Arbeiterorganisationen zu dem Entschluß kämen, nichts mehr mit der Moskauer Quacksalberei und Possenreißerei zu tun haben zu wollen und aufzuhören, diesen Leuten den Hof zu machen.

Die 7 Punkte des Industriearbeiterprogramms.

Der Gewerkschaftskongreß in Hull nahm eine Reihe von politischen Forderungen an, die der allgemeine Rat in ein Dokument zusammenfaßte, das den Namen „Charta des Industriearbeiters" tragen soll. Dies schon seit Jahren in einzelnen Entschließungen angenommene und jetzt zusammengefaßte Programm enthält folgende sieben Punkte:

1. Oeffentliches Eigentum und öffentliche Kontrolle der natürlichen Hilfsquellen und Dienste (Nationalisierung von Land, Bergwerken und Mineralien sowie der Eisenbahnen. Ausdehnung des staatlichen und städtischen Betriebes für Lieferung von Dingen und Diensten, die für die Gesellschaft unentbehrlich sind, richtige Vorkehrungen für angemessene Beteiligung der Arbeiter an Kontrolle und Leitung).

2. Löhne und Arbeitsstunden (gesetzliche Maximalarbeitswoche von 44 Stunden, gesetzlicher Mindestlohn für jede Industrie oder Beschäftigung).

3. Arbeitslosigkeit (Vorkehrungen bezüglich Arbeitslosigkeit mit genügendem Unterhalt der Arbeitslosen, Einrichtung von Schulen für jugendliche Arbeitslose, Ausdehnung der Bildungsmöglichkeit für Erwachsene während der Zeiten wirtschaftlicher Depression).

4. Wohnungsfrage (Beschaffung angemessener und ausreichender Wohnungen.)

5. Erziehung (staatliche Beschaffung von Unterrichtsgelegenheiten von der Volksschule bis zur Universität).

6. Unfälle und Krankheiten (angemessener Unterhalt und Entschädigung bei allen Arten von Unglücksfällen und Krankheiten).

7. Pensionen (staatliche Pension für alle, die das 60. Lebensjahr erreichten, Pension für Witwen und ihre Kinder).

Obwohl die Verstaatlichung der Kohlengruben in diese Charta einbezogen ist, bestanden die Grubenarbeiter darauf, ihre eigenen Entschließungen zu diskutieren, erklärten die Nationalisierung der Zechen als die einzig befriedigende Lösung des Problems der Kohlenindustrie und forderten den allgemeinen Rat auf, alle möglichen Mittel anzuwenden um die Verabschiedung eines dahinzielenden Gesetzes zu erreichen. Die Grubenarbeiter gingen bei ihrer Taktik davon aus, daß die Charta mehr den Charakter eines Idealen Programms als einer unmittelbaren Politik trage, während die Nationalisierung der Gruben eine praktische Gegenwartsforderung sei.

Der Gewerkschaftskongreß in Hull

nahm eine Entschließung an, wonach der Kongreß bei Eintritt einer Kriegsgefahr sofort einzuberufen ist, um über weitere Aktionen in der Industrie zu entscheiden und mit Hilfe der Gewerkschaftsbewegung alles zur Verhinderung künftiger Kriege zu versuchen. Der Kongreß sandte ein Telegramm an Macdonald, in dem ihm für seine Rede in Genf der Dank ausgesprochen und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß seine Vorschläge über die Abrüstung und die Sicherheiten von der Völkerbundsversammlung vollauf unterstützt werden.

Gegen die deutsche Kriegsschuld-Kundgebung.

Die Montagspost will erfahren haben, daß der französische Botschafter gestern im Auswärtigen Amt vorgesprochen und Freiherrn von Maltzahn, der anstelle des beurlaubten Ministers die Geschäfte des auswärtigen Amtes leitet, auftragsgemäß darauf aufmerksam gemacht habe, daß eine amtliche Notifizierung der deutschen Kundgebung über die Kriegsschuldfrage auf das französische Volk und auf die politischen Führer einen unangenehmen Eindruck machen würde. Die Erklärung des Botschafters sei zur Kenntnis genommen worden.

Wie aus Paris gemeldet wird, sind dem französischen, englischen und belgischen Ministerpräsidenten in Genf Briefe des Reichskanzlers Dr. Marx zugekommen, worin dieser mitteilt, daß er sich verpflichtet sehe, den auswärtigen Regierungen ohne weitere Verzögerung die kürzlich veröffentlichte Proklamation der Reichsregierung zuzustellen, worin die Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkriege feierlich abgelehnt wird. In dem Briefe an Herriot fügte der Reichskanzler hinzu, daß er während der Londoner Konferenz eine Veröffentlichung dieses Dokumentes nicht vornehmen wollte, obwohl dieses nach Ansicht der deutschen Regierung bereits damals stattfinden sollte, damit die Verhandlungen in London nicht behindert würden. Aber die Veröffentlichung der Proklamation konnte nicht länger hinausgeschoben werden. Der Reichskanzler fügte hinzu, daß diese Veröffentlichung keinerlei Aenderung der Politik der Reichsregierung gegenüber den Londoner Beschlüssen zur Folge haben werde. Sofort nach Eintreffen des Briefes des Reichskanzlers forderte Herriot den französischen Botschafter in Berlin auf, der Reichsregierung sofort mitzuteilen, daß die Veröffentlichung ihrer Proklamation einen schlechten Eindruck hervorrufen müsse, und daß die französische Regierung bezüglich der Folgen dieser Kundgebung alle Vorbehalte mache. Der französische Havasvertreter will erfahren haben, daß Macdonald der Reichsregierung durch Vermittlung des englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, eine dringende Verwarnung zugesandt habe.

Die 6 Ausgeschlossenen.

(W) Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist allen im neubesetzten Gebiet und im Düsseldorfer Brückenkopf Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden, mit Ausnahme von 6 Personen, nämlich Regierungspräsident Grützner-Düsseldorf, Landrat Schöne-Essen Polizeipräsident Niedermeyer-Essen, Bürgermeister Hamm-Recklinghausen, Polizeiinspektor Reifenrath-Herne und Polizeikommissar Porath-Wanne.

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist eine Verfügung des kommandierenden Generals der Rheinarmee, Degoutte, an die französischen Divisionsgenerale ergangen, wonach die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

Entscheidung in China?

In der Schlacht von Schanghai scheint nach den eingegangenen Berichten die Entscheidung gefallen zu sein. Die Streitkräfte Kianghus sollen sich auf dem Rückzuge befinden, jedoch sind sie noch in heftige Kämpfe verwickelt und leisten hartnäckigen Widerstand. Gerüchtweise verlautet, daß in der Schlacht etwa 1500 Soldaten beider Parteien verwundet worden sind. Die Zahl der Toten ist gänzlich unbekannt, da das überaus schwierige Gelände des Kampfgebietes mit seinen Flußarmen und Sümpfen von Reisfeldern einen genauen Ueberblick über die Kriegslage für die wenigen Reporter, die sich bis an die Front herangewagt haben, so gut wie unmöglich macht.

Schwedische Rüstungen

Die schwedische Armeeverwaltung hat für die neue Finanzvorlage der Regierung eine Reihe von Forderungen angemeldet. So verlangt die Armeeverwaltung für ½ Millionen Kronen Ausbau ihrer Luftabwehrbatterien und ferner eine große Summe zum Bau von größeren Maschinengewehren.

Leinerts Pensionsvertrag.

Mit dem Hannoverschen Oberbürgermeister Leinert wurde über seine Pensionierung zum 1. Oktober folgende Vereinbarung getroffen:

1. Herr Oberbürgermeister Leinert scheidet am 1. Oktober 1924 aus seinem Amte aus und tritt in den Ruhestand.

2. Als Ruhegehalt erhält Herr Leinert auf Lebenszeit die vollen Bezüge seines Diensteinkommens (Einkommen eines Staatssekretärs nach Gruppe 4 der Einzelgehälter des Preußischen Beamten-Diensteinkommengesetzes) und Reliktenversorgung nach denselben Grundsätzen. Sollten nach Außerkraftsetzung des Besoldungssperrgesetzes die Bezüge des Oberbürgermeisters anders geregelt werden, so stehen Herrn Leinert die pensionsfähigen Bezüge des Oberbürgermeisters und entsprechende Reliktenversorgung zu.

Der Antrag auf Annahme dieses Vergleiches wurde vom Bürgervorsteherkollegium nach kurzer Besprechung, in der u. a. der sozialdemokratische Redner erklärte, seine Fraktion beabsichtige, Herrn Leinert zu veranlassen, daß er den Vertrag nicht vollziehe, gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Bv. Zumbrock (Ztr.) vom Ordnungsblock, von den Deutschvölkischen, Deutsch-Hannoveranern, Demokraten und dem Zentrum angenommen.

Mißhandlungen in einem Erziehungsheim

In Zossen bei Berlin besteht das Lützowsche Landerziehungsheim, ein Pensionat und eine Schule für Knaben. Gründer und Leiter der Anstalt ist der Freiherr von Lützow, der eine ähnliche Anstalt früher in Buckow i. M. hatte.

Projekt einer Externalbahn.

Der Kreistag der Grafschaft Schaumburg im Regierungsbezirk Kassel erörterte eingehend die Bereitstellung von Geldmitteln durch den Kreis für den seit Jahren geplanten Bau der Externalbahn.

Westfalen und Rheinland.

Wie können die Gemeinden die Bestrebungen der Gesangvereine fördern?

Kamen, 8. Sept. Der Geist des so überaus glänzend verlaufenen 9. Deutschen Sängerbundesfestes in Hannover hat in allen Gauen des weiten Vaterlandes, allüberall, wo das deutsche Lied erklingt, freudigsten Anklang gefunden. Als zum Abschluß der Sängertage am Hermannsdenkmal im Teutoburgerwalde, an germanisch heiligter Stätte, neben den Sängern von Tilsit bis Straßburg und Steyermark bis Holstein, besonders Sänger vom Rhein und Ruhr mit ihren westfälischen Brüdern vereint, sich gelobten, mitzuarbeiten an einer hohen kulturellen Mission, da ging durch die vieltausendköpfige Festversammlung ein Gedanke: Hier geht es um hohe Ideale, um die Erhaltung deutscher Art und deutschen Wesens. Unsere heimischen Männergesangvereine, die die eindrucksstarke Kundgebung vor des Cheruskerfürsten Armins Standbild mit erlebten und auf deren Fahnen sie ihre steten Gedanken geschrieben: „In Freud und Leid, zum Lied bereit", werden sich mit den Brudervereinen heute mehr denn je fragen: „Wie können die Gemeinden die Bestrebungen der Gesangvereine fördern?"

Ist ein Wort nötig, darüber zu berichten, daß die Not des deutschen Musiklebens in den Kreisen der Chorgesangvereine groß ist? Einigkeit macht stark. Der Deutsche Sängerbund, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, die Vereinigung deutscher Lehrergesangvereine und der Ausschuß zur Bildung eines Fachverbandes der gemischten und Frauenchöre haben sich zu einem

Reichsausschuß für das Chorgesangwesen

mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen. Aehnlich wie der Reichsausschuß für Leibesübungen soll diese neu geschaffene Interessengemeinschaft mit den maßgebenden Reichs- und Staatsbehörden für die Förderung ihrer kulturellen Bestrebungen werben und aufklärend wirken. Vor allem sollen die

steuerlichen Belastungen

fortfallen, da die Vereine nicht auf klingende Erfolge bedacht sind, sondern vor allem den Sinn für das Edle und Schöne in breitesten Volkskreisen wieder lebendig gestalten wollen. Während der Zeit, wo die Verhandlungen mit den maßgebenden Regierungsstellen aufgenommen sind, könnten die Gemeinden den einzelnen Vereinen ihr Entgegenkommen beweisen, wenn von der Erhebung der Vergnügungssteuer möglichst Abstand genommen würde. Weiter wäre die

Ueberlassung geeigneter Uebungsräume

zu überlegen, seien es nun Schul- oder Gemeindesäle und schließlich sollten auch die Klagen verstummen, wenn ein Verein bei seinen Uebungen die in der Schule vorhandenen Instrumente benutzt, die sicherlich in besten Händen aufgehoben sind und gewiß nicht leiden dürften.

Mögen diese Anregungen bei den interessierten Stellen volles Verständnis finden und und möge ferner allen Wünschen in Kürze die erfüllende Tat folgen. Gerade in unserer Gegend hat der westfälische Sang, das deutsche Lied von jeher eine hervorragende Pflegestätte gefunden. Daher schon sollte man die gewiß nicht großen materiellen Opfer bringen und mitstreiten für ein hohes herrliches Ideal, um das uns andere Nationen beneiden. Ko.

*

Kamen, 8. Sept. **(Verschiedenes.)** Nach einer Mitteilung des Bundesausschusses vom Westfälischen Sängerbund findet der **10. Westfälische Sängertag** am 12. Oktober 1924 in Hagen statt.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 3. September auf das 1,15billionenfache der Vorkriegszeit. Sie erhöht sich gegenüber der Vorwoche (1,14billionenfache) um 0,9%. Für den Durchschnitt des Monats August berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,14billionenfache gegenüber dem 1,16billionenfachen im Durchschnitt des Monats Juli. Es ergibt sich eine Abnahme von 1,7%. Die Ernährungskosten allein betrugen im Durchschnitt des Monats August das 1,22billionenfache der Vorkriegszeit.

*

Am 20. Oktober die letzten?

Nach von französischer Seite stammenden Mitteilungen wird sich die Räumung der Dortmund-Hörder Zone in folgender Ordnung vollziehen: Zunächst wird die Zollgrenze, dann die Micum aufgehoben, dann werden die Eisenbahner und zuletzt die Truppen sich zurückziehen. Die Eisenbahner werden voraussichtlich die Dortmunder Zone in kleinen Gruppen verlassen, nachdem sie in ihrem bisherigen Dienst von den deutschen Beamten abgelöst worden sind. Die Bahnhofschefs und Inspektoren werden ihre Posten zuletzt verlassen. Die französischen Behörden glauben, den Zechenindustriellen die von der Regie übernommenen Bergwerke und Kokereien bis zum 15. Oktober zurückerstatten zu können. Die Haldenbestände und Vorräte an Nebenprodukten, welche die deutschen Industriellen an diesem Termin wieder übernehmen, dürften ungefähr den bei der Beschlagnahme der betreffenden Unternehmungen vorhandenen Mengen entsprechen. In der Zeit vom 15. bis 20. Oktober erfolgt dann die Uebertragung der beschlagnahmten Unternehmungen an die deutschen Industriellen. Ueber die Uebertragung wird zwischen Vertretern der Micum und der Ruhrindustriellen verhandelt werden. Einwandfrei festgestellte Defizits werden auf Reparationskonto verrechnet. Die während des Regiebetriebes erzeugten Mehrmengen werden ebenfalls aufgerechnet werden. Voraussichtlich bis zum 20. Oktober sollen sämtliche Formalitäten der wirtschaftlichen Räumung erfüllt sein, und man erwartet, daß bis zu diesem Termin die letzten französischen Truppen die Dortmunder Zone verlassen können.

*

Der unpünktliche Angestellte.

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten.

Ein bemerkenswertes Urteil hat das Gewerbegericht Elberfeld gefällt. Ein Angestellter war fristlos entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, pünktlich zur Tätigkeit im Betriebe zu erscheinen und den seitens des Arbeitgebers erteilten Anordnungen nicht nachkam. Der entlassene Angestellte erhob gegen diese Entlassung Einspruch. Dieser Einspruch wurde vom Gewerbegericht Elberfeld mit nachstehender Begründung abgewiesen: Wenn auch der Kläger eine bevorzugte Stellung bei der Beklagten eingenommen haben mag, und wenn es ihm auch lange Zeit nachgesehen worden ist, wenn er unpünktlich erschien, so verlor die Beklagte daraus nicht den Anspruch, von dem Kläger für die Folge die pünktliche Einhaltung der Arbeitszeit zu verlangen. Wenn der Kläger davon ausgeht, daß das Verlangen der Beklagten, pünktlich zum Dienste zu erscheinen, eine Herabsetzung der Persönlichkeit darstelle, so kann dem keinesfalls beigepflichtet werden. Gerade die Inhaber von Stellungen, wie die des Klägers, müssen wegen des Beispiels, was dadurch den übrigen Angestellten gegeben wird, der Verpflichtung der pünktlichen Einhaltung der Arbeitszeit, wenn sie einmal grundsätzlich im Geschäft verlangt wird, nachkommen. Die beharrliche Weigerung des Klägers gab der Beklagten das Recht zur fristlosen Entlassung.

*

(Hat jedermann das Recht, fremde Kinder zu züchtigen?) Diese Frage ist nach Ansicht juristischer Kreise zu bejahen, wenn die Kinder Zuchtlosigkeiten begehen, welche die öffentliche Ordnung, das sittliche Empfinden der Allgemeinheit als solches und das Publikum zu verletzen geeignet sind und der Gewalthaber am Einschreiten verhindert ist. Bei Unarten von Kindern, welche sich nicht gegen die Oeffentlichkeit, sondern gegen einen beschränkten Personenkreis oder einen einzelnen richten (z. B. wenn Kinder unbefugt die Hausklingel läuten lassen) hat der Verletzte ein Züchtigungsrecht), wenn die sofortige Züchtigung angezeigt erscheint und der Gewalthaber nicht zur Stelle ist. Am weitesten geht das Oberlandesgericht Jena, indem es ein eigenes, von dem Erziehungsrecht annimmt. Nach ihm besteht eine allgemeine, tief im Volksbewußtsein wurzelnde Ueberzeugung, daß jeder Volksgenosse berechtigt sei, gegen jede öffentlich begangene Ungezogenheit eines fremden Kindes, deren Art und Maß eine Züchtigung angemessen erscheinen läßt, durch eine solche einzuschreiten. In Ergänzung des elterlichen Züchtigungsrechts besteht als Ausfluß des öffentlichen Rechts die Befugnis, fremde Kinder unter Umständen zu züchtigen. Das Recht der Eltern muß zurücktreten gegen das Recht der Allgemeinheit auf Zucht und Ordnung. Wo Kinder in der Oeffentlichkeit Zuchtlosigkeiten begehen, welche das sittliche Empfinden normal denkender Menschen verletzen und eine Sühne fordern, tritt das Recht der Allgemeinheit ein.

Heeren, 8. Sept. **(Zwei Bergleute verunglückt.)** Auf Zeche Königsborn, Schacht 2 in Heeren ging am Freitag eine Strecke zu Bruch. Die beiden Knappen Hauer Heinrich Lenkenhoff aus Kamen, Weststraße, und Lehrhauer Dupont aus Heeren konnten sich nicht frühzeitig in Sicherheit bringen und wurden von den Steinmassen erfaßt. Während der eine einen Schlüsselbeinbruch und Verletzungen am Auge davontrug, erlitt Lenkenhoff derart schwere Verletzungen, daß er bereits auf dem Transport zum Krankenhause nach Kamen starb.

Asseln, 6. Sept. **(Angeschossen und beraubt.)** Donnerstag nachmittag wurde der Zechenbeamte Dolter auf dem Wege von der Zeche Schleswig nach der Zeche Holstein von einem Mann angeschossen und beraubt. Dolter trug in der Hand ein Paket mit 900 Mark, das der Träger ihm, nachdem Dolter einen Schulterschuß erhalten hatte, abnahm und damit verschwand.

Dortmund, 6. Sept. **(Verschiedenes.)** In der Nacht zum 31. August wurde ein Reisender an der Ecke Blücher- und Blumenstraße von einer Mannsperson überfallen und seines Reisekoffers beraubt. Der Inhalt des Koffers bestand aus Trikotagen. Eine Person, die dringend verdächtig erscheint, ist bereits festgenommen. — Der Kriminalpolizei gelang es in den letzten Tagen, verschiedene junge Leute zu überführen, die sich als gewiegte Taschendiebe in verschiedenen Warenhäusern, an belebten Straßenecken, bei Sportfesten und auf Wochenmärkten betätigt hatten. In den meisten Fällen wurden Frauen Opfer dieser Langfingertätigkeit. Ein gestern festgenommener Geselle gestand, bei dem Kinderfest im Fredenbaum einer Frau loses Geld aus der Manteltasche gezogen zu haben. — Eine Verfolgung von Motorraddieben schreckte die Anwohner im Stadtteil Körne in der Nähe der Liboriusstraße im 2. Polizeibezirk auf. Eine Streife der Polizei sah zwei männliche Personen, die ein nicht erleuchtetes Motorrad schoben. Als die Polizei zum Halten anrief, hatten die lichtscheuen Gesellen den Moment erfaßt und schwangen sich geschwind auf das Rad in der Richtung Gartenstadt. Zum Abschied gabs für die Polizeibeamten zwei Schüsse, die ihr Ziel verfehlten. Die Beamten nahmen die Verfolgung auf und erwiderten die Schüsse. Da ein Aufschrei zu vernehmen war, hat ein Schuß vielleicht den Gegner erreicht. In der Dunkelheit gelang die Flucht. — Gestohlen wurde in den letzten Tagen durch Einbruch u. a. aus einer Gastwirtschaft in der Bornstraße, wo den Dieben mehrere Kisten Zigarren und Zigaretten, über 100 Flaschen Spirituosen bester Qualität in die Hände fielen. Dann wurden noch verschiedene andere Gegenstände aus dem Restaurant mit eingepackt.

*

Eine blutige Verhaftung eines Kommunistenführers.

Dortmund, 8. Sept. In einer demokratischen Wählerversammlung im Frühjahr dieses Jahres hatte ein Hitler-Anhänger im Kölnischen Hof betont, es wäre gut, wenn die Hitlerleute und die Kommunisten zusammengingen, weil sie vieles gemein hätten. Diese Worte veranlaßten damals den Führer der kommunistischen Jugend, August Kirch, den Hitlermann zu überfallen und derartig zuzurichten, daß er mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Kirch wurde darauf in der nächsten Nacht in Huckarde bei einem Freunde verhaftet. Als die hiesige Polizei den Kirch zwecks Aburteilung ins unbesetzte Gebiet bringen wollte, wandte sich K. an der Bahnhofssperre an einen französischen Soldaten mit dem Bemerken, er sei politischer Gefangener. Kirch wurde dann auch zwecks weiterer Feststellung nach dem 5. Büro in der Betenstraße gebracht, wo er eine Gelegenheit fand, auszureißen. Am Samstag abend wurde nun, wie die „Dortm. Ztg." schreibt, Kirch, der seit seiner Flucht von der hiesigen Polizei gesucht wurde, von dem Polizeibeamten Kornblum gestellt. Als dieser zur Festnahme schreiten wollte, griff Kirch sofort zum Revolver. Er schoß rücksichtslos auf den Kriminalbeamten und verletzte diesen durch einen Oberarmschuß. Eine weitere Kugel traf die Frau des Auktionators Kersten, Weißenburgerstraße, in den Unterleib, die sofort starb. Der Verbrecher Kirch hatte sich inzwischen ein ihm gerade in die Quere kommendes Rad angeeignet, auf dem er die Flucht fortsetzte in Richtung auf dem Berge und Leuthardtstraße. Zwei am Burgwall dienstuende uniformierte Beamte waren, durch die Schießerei aufmerksam geworden, herbeigeeilt und setzten die Verfolgung mit einem Automobil fort. In der Nähe der früheren Herberge zur Heimat wurde der Verbrecher mit Hilfe von Zivilisten, die sich erfreulicherweise an der Verfolgung tatkräftig beteiligt hatten, gestellt und bald darauf Ecke Lambachstraße und Münsterstraße, wo er strauchelte, verhaftet; hoffentlich für recht lange Zeit, damit er nicht weiteres Unheil unter seinen Mitmenschen anrichtet. Kirch hat auf seine Verfolger aus zwei Revolvern geschossen, in dem einen steckten noch mehrere nicht abgeschossene Kugeln. Wie wir weiter erfahren, ist bei der Verfolgung auch noch ein Junge angeschossen worden. Kirch ist hier wieder aufgetaucht, um auf dem gestern in Lünen stattgefundenen kommunistischen Jugendtag seine verderbenbringende Tätigkeit fortzusetzen. Diese Tagung war ursprünglich in Dortmund geplant, sie wurde hier aber nicht genehmigt. Gestern früh strömten die Kommunisten strahlenförmig zum Nordmarkt, um von hier aus geschlossen weiterzumarschieren. Unsere nimmermüde Polizei hat aber jede größere Ansammlung verhindert. So wurden zirka 30 Kommunisten, die geschlossen von Hörde kamen, zwecks Namensfeststellung zur Polizeiwache gebracht.

*

Meschede, 5. Sept. **(Beim Böllerschießen verunglückt.)** In Dorlar wurden beim Böllerschießen zwei junge Leute beim Kriegerfest durch Pulvergase an den Augen gefährlich verletzt und nach Arnsberg in die Klinik übergeführt.

Hagen, 2. Sept. **(Unfall.)** Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe ereignete sich vormittags ein Unfall. Ein Postbeamter, der den Gepäckbahnsteig 2 mit einem Paketkarren entlangfuhr, rutschte, anscheinend auf einem kleinen Obstreste, aus und verlor das Gleichgewicht und die Gewalt über die Karre, die auf das Gleis hinabstürzte. Durch den in diesem Augenblick aus der Richtung Köln einfahrenden D-Zug wurde die Postkarre vollständig zertrümmert. Der Postbeamte, der die Karre noch wegzuräumen versuchte, konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Bochum, 6. Sept. **(Die Sühne für eine Bluttat.)** Vor dem Schwurgericht hatten sich die Bergleute Wilhelm Krochowski und Johann Benskowiak aus Bochum wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Die Verhandlung betraf die sich vor einigen Monaten während der Nacht in der Poststraße abgespielte Bluttat, bei welcher der Arbeiter Genia durch einen Messerstich derartig schwer verletzt wurde, daß er noch in derselben Nacht im Josefshospital gestorben ist. Nach den Feststellungen des Schwurgerichts ging der Tat ein belangloser Wortwechsel voraus. Die in der Poststraße wohnenden Angeklagten, welche stark angetrunken waren, eilten in ihre gemeinsame Wohnung und bewaffneten sich mit Revolver und Messer. Draußen lauerten sie den Genia auf. Als dieser an ihrem Hause vorbeikam, fielen sie sofort über ihn her und versetzten ihm unter mehreren Schlägen einen Messerstich in den Unterleib. Mit einem Aufschrei sank Genia zu Boden. Mittels herbeigerufenen Krankenwagens wurde der schwer Verletzte in das Josefshospital gebracht, wo er trotz eingehender Behandlung schon nach einigen Stunden starb. Das Schwurgericht verurteilte die beiden Angeklagten im Sinne der Anklage zu je 4 Jahren 4 Monaten Gefängnis. Beide Angeklagten hatten gegen das Urteil Revision angemeldet, sie aber wegen ihrer Aussichtslosigkeit wieder zurückgezogen.

Horst, 8. Sept. **(Ein 72jähriger verunglückt.)** Als Opfer eines Unglücksfalles kam der 72jährige Hafenarbeiter Karl Ehlert, Karnap, Sedanstraße 6, im Hafen der Zeche Matthias Stinnes 1-2 ums Leben. Er verblutete infolge Abquetschung des rechten Armes und eines komplizierten Bruchs des rechten Beines. Der Verunglückte war verheiratet. Er hinterläßt keine unmündigen Kinder.

Cronenberg, 3. Sept. **(Vom Zuge überfahren.)** Von einem harten Schicksalsschlage wurde nachmittags die Familie Karl Christians, Häuschen 1, betroffen. Das 3jährige Söhnchen spielte mit anderen Kindern auf dem Bahnkörper oberhalb Häuschen, als der gegen 8 Uhr hier eintreffende Personenzug herankam und das Kind erfaßte. Das Kind trug so schwere Kopfverletzungen davon, daß es nach drei Stunden Qual starb.

Werden, 5. Sept. **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich auf der Werdener Kirmes. In dem vollbesetzten Taifunrad brach ein Teil der Zuschauertribüne zusammen, und eine größere Anzahl der Besucher stürzte hinab. Mehrere Personen mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Verletzungen in der Hauptsache geringfügiger Natur sind. Schwerverletzte sind bis jetzt nicht bekannt geworden. Das Sanitätspersonal war sofort zur Stelle.

Opladen, 8. Sept. **(Der Landfriedensbruch vor Gericht.)** Am 11. Januar 1924, zur Zeit des Kampfes um den Achtstundentag, wurde in Opladen von einer Versammlung des Allgemeinen deutschen Wirtschaftsbundes der Generalstreik beschlossen. Kurz darauf fand eine Erwerbslosenversammlung statt, und da wurde festgestellt, daß in einigen Opladener Werken noch gearbeitet wurde. Der Sattler Andreas Hollinger schlug vor, die Leute zu veranlassen, die Arbeit nach der Schicht niederzulegen. Aus der Versammlung wurden aber Stimmen laut, man solle sie „sofort herausholen". Man zog nun in geschlossenem Zuge zu der Metallwarenfabrik „Ideal", um die Leute aufzufordern, die Arbeit stillzulegen. Unter dem Druck der Menge stellten die Arbeiter ihre Tätigkeit ein, nahmen aber am folgenden Tage die Arbeit wieder auf. Wegen dieses Vergehens des Landfriedensbruchs standen 41 Angeklagte vor dem erweiterten Schöffengericht. Hollinger, der Arbeiter Anton Schmitz, der Arbeiter Hermann Lüdtke, der Bauarbeiter Johann Müller II, der Arbeiter Johann Gerlach, der Arbeiter Walter Lichtenhagen und der Arbeiter Johann Götze als Rädelsführer, die übrigen als sogenannte Mitläufer. Hollinger erklärte, er habe sich an die Spitze des Zuges gestellt, um zu verhüten, daß Gewalttätigkeiten verübt würden. Das Gericht erkannte bei den genannten sieben Angeklagten auf schweren Landfriedensbruch und verurteilte Hollinger zu 8, Schmitz, Müller, Lichtenhagen und Götze zu je 5 Monaten, Lüdtke und Gerlach zu je 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Alle übrigen erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs Strafen von 2 und 3 Monaten, mit Ausnahme eines, der freigesprochen wurde. Den Mitläufern wurde Strafaufschub gewährt gegen Zahlung einer Geldbuße von 15 Goldmark für jeden Monat Gefängnis. Die Verhandlung fand wegen Platzmangels im Gerichtsgebäude in der Kapelle der Strafanstalt in Düsseldorf-Derendorf statt.

Velbert, 8. Sept. **Ein eigenartiger Autodiebstahl** wurde hier ausgeführt. Ein Autobesitzer aus Velbert, der mit seiner Gesellschaft in eine Wirtschaft gegangen war, sah, als er das Lokal verließ, daß das Auto verschwunden war. Die sofort am selben Abend aufgenommene Untersuchung blieb erfolglos. Erst am nächsten Tage fand man das Auto herrenlos auf der Straße zwischen Essen und Mülheim.

Burg a. d. Wupper, 8. Sept. **(Frecher Ueberfall.)** Hier wurde das Auto einer Solinger Firma von etwa 20 Personen angehalten und mit Steinen bombardiert. Ein Beamter der Kriminalpolizei, der gegen die Banditen einschritt, wurde mißhandelt. Als die Schupo aus Solingen eintraf, ergriffen die Uebeltäter die Flucht, doch konnten einige verhaftet werden.

Hamborn, 8. Sept. **(Selbstmord.)** In der Siedlung „Vier Linden" bei Walsum erschoß sich auf offener Straße der 46 Jahre alte Hüttenbeamte Emil Wortelkamp aus Meiderich. Er gab aus einem Revolver einen Schuß auf seinen Kopf ab, der ihn zertrümmerte. Bei der Leiche wurde der noch mit 6 Schuß geladene Revolver gefunden.

Krefeld, 3. Sept. **(Dummer Jungenstreich.)** In der Nacht wurde auf der Straßenbahnstrecke Schiefbahn—Krefeld ein Bubenstreich verübt. Man hatte eine Puppe angezogen und auf die Gleise gelegt. Der Führer sah im letzten Augenblick etwas auf den Gleisen liegen und bremste sofort, konnte aber nicht verhindern, daß der Wagen über das Etwas, das wie ein menschlicher Körper aussah, hinwegfuhr. Der Führer sprang sofort ab und lief nach Willich, um einen Arzt und die Feuerwehr zum Bergen der vermutlich überfahrenen Person zu holen. Unterdessen wollte der Schaffner bereits dem Verunglückten Rettung bringen und sah beim Oeffnen einer Luke, daß es sich um eine Puppe handelte. Hoffentlich gelingt es, die Buben dingfest zu machen.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtags

führte in der fortgesetzten Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums Abg. Dr. Leidig aus: „Nicht an ein Stück Papier, sondern an große geschichtliche Taten und Männer knüpfen nationale Gedenktage an. Wir hätten darum gewünscht, daß sich die Parteien auf den Reichsgründungstag, den 18. Januar, geeinigt hätten. Das hätten alle Parteien, außer den Kommunisten, mitmachen können. Die Deutsche Volkspartei wird jedenfalls bestrebt sein, das in Zukunft zu erreichen. Die verschiedenartige Behandlung des Stahlhelm und des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", an dem politische Beamte als Gründer und Vorstandsmitglieder beteiligt sind, kann unter keinen Umständen gebilligt werden. Nach dem Gründungsaufruf hat das „Reichsbanner" zweifellos politische Ziele. Die Behauptung aber, daß der „Stahlhelm" putschistisch und verfassungsfeindlich ist, wird von dessen berufenen Organen auf das schärfste zurückgewiesen. Die Deutsche Volkspartei verlangt gleiches Recht für beide Verbände. Dr. Leidig erklärt weiter, daß die Deutsche Volkspartei es ablehne, Schwarz-Rot-Gold zu bekämpfen, aber sie halte es für ein urchtbares Geschick, daß das deutsche Volk in seinem Unglück sich von der schwarz-weiß-roten Fahne losgesagt habe. Die Partei werde im Reichstag immer wieder den Antrag stellen, diese Fahne als Reichsfahne wiederherzustellen. Dr. Leidig ging weiter auf die Stellung der höheren Verwaltungsbeamten ein, denen bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen seien. — Im weiteren Verlaufe der Beratung verlangte ein demokratischer Redner Auskunft vom Minister über den Fall Haarmann. Er teilte ferner Richtlinien mit, die von höheren Polizeioffizieren ausgearbeitet seien und im Juni 1923 vorgelegt seien für den Fall, daß es zu einem Regierungssturz kommen würde. Nach diesen Richtlinien sollte die gesamte Polizei militarisiert werden. Der Redner wies ferner hin auf die Bildung eines privaten Ehrengerichtes durch die Organisation der Offiziere der preußischen Schutzpolizei und fragte nach dem Stande des Neuausbaues der Kriminalpolizei. Minister Severing teilte zunächst mit, daß General Degoutte veranlaßt habe, daß den verheirateten Beamten sofort die Einreise gestattet werde. Der Minister machte ferner zahlenmäßige Angaben über Verluste und Verletzungen der Schutzpolizei. Danach sind vorgekommen: im Jahre 1920: 78 Todesfälle und 383 Verwundungen, im Jahre 1921: 35 Todesfälle und 91 Verwundungen, 1922: 7 Todesfälle und 27 Verwundungen, 1923: 12 Todesfälle und 42 Verwundungen und im laufenden Jahre bis jetzt 3 Todesfälle und 11 Verwundungen. Bei der Landjägerei gab es in den letzten fünf Jahren 82 Tote und 162 Verwundete. Eine völlige Neuorganisation der Kriminalpolizei sei in Vorbereitung. Für den Fall Haarmann könne er ein abschließendes Urteil nicht abgeben. Die Angelegenheit liege in der Hand der Staatsanwaltschaft und der ordentlichen Gerichte. Politische Spitzeldienste habe Haarmann nicht geleistet. Regierungskommissar Weiß sei neuerlich mit einer genauen Nachprüfung der Organisation der hannoverschen Polizei beauftragt worden, aber bis jetzt vorliegende Berichte seien im allgemeinen nicht ungünstig, deshalb habe er auch den Polizeipräsidenten von Beckerath nicht abberufen. Man könnte sich nicht von der Volksstimmung leiten lassen. Die Zahl der Opfer Haarmanns stände noch nicht fest. Anscheinend würde aber die Zahl von 20 nicht erreicht.

Die Liquidierung der Rentenbank.

Begründung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt.

Die im „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften" zusammengefaßten dreißig Landes- und Provinzialgenossenschaftsbanken haben zu der Frage der Begründung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt im Anschluß an die Liquidierung der Rentenbank Stellung genommen. Ihre Vorschläge gehen dahin:

Die im Gesetz über die Liquidierung der Rentenbank vorgesehene landwirtschaftliche Kreditanstalt muß mit tunlichster Beschleunigung geschaffen werden. Die Errichtung muß in einfacher, jede Ueberorganisation ausschließender Form erfolgen. Vor allem kommt es darauf an, eine weitere Zersplitterung in der Kreditgewährung und eine Verteuerung der Kredite selbst zu vermeiden. Im übrigen dürfen bei Durchführung aller in Frage kommenden Maßnahmen nur wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein. Auch muß die Verquickung von Real- und Personalkredit in einem Bankinstitut vermieden werden. Die Errichtung einer neuen landwirtschaftlichen Kreditanstalt für den Personalkredit ist nicht erforderlich, da ein hierfür durchaus geeignetes, altbewährtes Bankinstitut mit öffentlich-rechtlichem Charakter in Gestalt der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse bereits besteht.

In den Vorschlägen heißt es dann weiter noch: Um- bezw. Ausbau der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zu einer für die gesamte deutsche Landwirtschaft bestimmten Kreditanstalt für den Personalkredit kann ohne weiteres erfolgen, da das Organisationsgesetz der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in seiner neuesten Fassung die Beteiligung einmal sämtlicher außerpreußischen Länder und des Reichs sowie aller mit der Anstalt in Geschäftsverkehr stehenden Kreditinstitute bereits zuläßt. Was darüber hinaus an gesetzlichen Voraussetzungen noch fehlt, wird sich leicht ergänzen lassen. Brauchbare Vorschläge liegen bereits vor. So stellt die mit einem Eigenkapital von rund 75 Millionen Goldmark ausgestattete Preußische Zentralgenossenschaftskasse in Verbindung mit dem seit Jahrzehnten bestehenden bis ins letzte Dorf verzweigten Kreditapparate ein Institut dar, das den Bedürfnissen der deutschen Landwirtschaft, also auch der nicht genossenschaftlich organisierten durchaus gerecht werden kann. Es wird deshalb die Errichtung eines neuen Instituts als weder notwendig noch zweckmäßig abgelehnt und statt dessen die Umbezw. Ausgestaltung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in die zu begründende landwirtschaftliche Kreditanstalt verlangt.

Um den Achtstundentag.

Kurz vor der Vertagung des Reichstages hatten die Sozialdemokraten im Reichstage eine Interpellation eingebracht bezüglich des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Da der Reichstag erst in einiger Zeit wieder zusammentritt, so nimmt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Gelegenheit, die Interpellation schon jetzt durch einen Artikel im Reichsarbeitsblatt zu beantworten, wobei er folgendes hervorhebt:

„Die Reichsregierung hat die Ratifikation des Uebereinkommens von Washington über den Achtstundentag niemals grundsätzlich abgelehnt. Die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit ist von der Reichsregierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet und gekennzeichnet worden, an der sie von vornherein nicht länger festhalten wollte, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands erfordert. Unsere Verluste, Lasten und Bindungen infolge des Krieges sind so viel schwerer, als die aller anderen großen Staaten; unsere wirtschaftliche Zukunft ist so ungeklärt, daß niemand von Deutschland ein Vorangehen in der Frage der Ratifizierung erwarten kann. Das gilt um so mehr, als der Inhalt des Uebereinkommens und demnach auch das Maß der Bindung bisher in Gesetz und Praxis der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auslegung gefunden haben."

Wie der Reichsarbeitsminister weiter ausführt, ist Deutschland gerne bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung hierüber herbeizuführen, und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens bereit finden.

Unzufriedenheit der Genossenschaften mit der Regierungserklärung.

Die Erklärungen, die Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vor seiner Zusammenkunft mit den Arbeitsministern Englands und Frankreichs in der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag abgegeben hat, haben die an der Ratifizierung in erster Linie interessierten Gewerkschaften wenig befriedigt. Insbesondere steht man in Gewerkschaftskreisen der Auffassung des Reichsarbeitsministers über eine eventuelle weniger starre Auslegung und Handhabung des Washingtoner Abkommens sehr skeptisch gegenüber. Nach wie vor wird von den Gewerkschaften betont, daß das Washingtoner Abkommen, das ohnehin viele Lücken und Ausnahmen aufweise, ohne jede Einschränkung von Deutschland ratifiziert und zur Grundlage einer gleichen Arbeitszeitregelung für die in dem Abkommen nicht aufgeführten Berufsschichten dienen müsse (!). Jede andere Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage würde unweigerlich zur Herbeiführung eines Volksentscheides über den Achtstundentag durch die Gewerkschaften führen, wobei man auf eine starke Mehrheit für die uneingeschränkte Ratifizierung rechnet. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß bei den Beratungen mit den Spitzengewerkschaften Reichsarbeitsminister Dr. Brauns u. a. erklärt habe, daß das französische Arbeitszeitgesetz in wesentlichen Punkten von dem Washingtoner abweiche. Daraufhin hat sich der Afa-Bund mit dem Direktor Thomas des Internationalen Arbeitsamtes in Genf in Verbindung gesetzt, der diese Darstellung des deutschen Reichsarbeitsministers als nicht zutreffend bezeichnete. Die geringfügigen Abweichungen, die zwischen dem Washingtoner Abkommen und dem französischen Arbeitszeitgesetz bestehen, führt Thomas lediglich darauf zurück, daß das französische Gesetz bereits vor dem Abkommen in Kraft getreten sei.

Eine neue Verordnung Degouttes.

Verkehrs-, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen.

(W) Der Kommandierende General Degoutte hat unter dem 2. September eine Verfügung (Nr. 122) erlassen, in der die auf den Verkehr, die Einreise und den Aufenthalt von Personen in dem besetzten Gebiet sich beziehenden Verfügungen zusammengestellt und abgeändert werden. Die Verfügung besagt unter anderm:

Alle über 16 Jahre alten Personen, gleichviel welcher Nationalität, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz in den besetzten Gebieten haben, müssen einen Personalausweis mit einem Lichtbild haben, der die Worte besetztes Gebiet (territoires occupees) trägt. Dieser Ausweis darf nur einer Person ausgehändigt werden, die mindestens schon einen Monat lang im besetzten Gebiet ihren Wohnsitz hat. Jede mit diesem Ausweis versehene Person kann ungehindert zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet verkehren. Desgleichen kann jeder über 16 Jahre alte deutsche Staatsangehörige und jeder mehr als 16 Jahre alte Staatsangehörige derjenigen Macht, deren Truppen an der Besetzung beteiligt sind, und der seinen gewöhnlichen Wohnsitz im unbesetzten Deutschland hat, frei zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet verkehren, wenn er entweder mit einem solchen Personalausweis oder mit einem von seiner Landesbehörde ausgehändigten und visierten Paß versehen ist. Die deutschen Staatsangehörigen, die aus einem andern Lande als aus Deutschland kommen und die Angehörigen der Staaten, deren Truppen an der Besetzung beteiligt sind, müssen mit einem von ihren Landesbehörden ausgehändigten und visierten Paß versehen sein und haben die Bestimmungen des deutschen Gesetzes zu befolgen.

Personen, die im besetzten Gebiet sich dauernd niederlassen wollen, müssen bei der deutschen Behörde des Ortes, an dem sie sich niederlassen wollen, ein schriftliches Gesuch einreichen, ebenso muß jede mehr als 16 Jahre alte Person, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz in den besetzten Gebieten hat, nie aber ihren Wohnsitz in das unbesetzte Gebiet verlegen will, davon die deutschen Behörden benachrichtigen, damit diese den Personalausweis einziehen kann, der auf französisch die Worte „besetztes Gebiet" trägt. Personen, die nicht mehr ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet haben, ist es verboten, den Personalausweis mit dem Vermerk „besetztes Gebiet" im besetzten Gebiet weiter zu benutzen.

Aktiv Angehörige der deutschen Wehrmacht können in die besetzten Gebiete nicht eintreten ohne eine spezielle Ermächtigung, die ihnen von dem Infanterie-, Divisions-, Kommandierenden General desjenigen Gebiets ausgestellt wird, in das sie sich begeben wollen. Deutsche Militär- und Polizei-Uniform darf nur mit besonderer Genehmigung der Armeekommandanten im besetzten Gebiet getragen werden. Jede Person, deren Anwesenheit in den besetzten Gebieten dem Kommandierenden General, für den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der alliierten Besatzungstruppen oder die öffentliche Sicherheit gefährdend erscheint, kann von diesem aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden. Freiwillige oder nachlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

„Modernes Heilverfahren".

Senator Mac Cormick über Europa.

Der bekannte amerikanische Senator Mac Cormick hat in den letzten beiden Monaten ausgedehnte Reisen durch Europa unternommen, namentlich durch Deutschland, England, Frankreich und der Tschechoslowakei, und ist soeben wieder nach Amerika abgereist. Ueber das Ergebnis seiner Reisen hat er sich französischen Journalisten gegenüber folgendermaßen geäußert: „Ich konnte feststellen, daß im Geiste der Regierungen während der letzten 18 Monate ein großer Umschwung eingetreten ist. Ein aufrichtiger Wunsch nach Frieden ist heute unverkennbar in die Erscheinung getreten. Die deutsche Regierung ist ohne Zweifel auf dem Wege demokratischer Entwicklung weiter fortgeschritten als bisher, und Herriot hat mehr als ein anderer Staatsmann Europas zu diesem Umschwung beigetragen, die alte Welt auf dem Wege zum Frieden weiterzuführen. Ohne die Leistungen der anderen Delegierten zu verkennen, muß man eingestehen, daß, wenn die Londoner Beschlüsse unterzeichnet wurden, das Verdienst in erster Linie Herriot gebührt. Wenn die im Sachverständigenbericht in Aussicht genommene Anleihe erfolgreich aufgebracht wird, so ist Herriot einer der Haupturheber der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas." Zum Schluß seiner Darlegungen sagte Cormick, man dürfe nicht ungeduldig werden, wenn der Heilungsprozeß langsam vor sich geht. Durch den Dawesplan habe man jetzt ein modernes und wissenschaftliches Heilverfahren, das seine Wirkung tun werde.

Hoover und die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Der amerikanische Staatssekretär Hoover hat nach einer Drahtung aus Washington in längeren Erklärungen zu den Aussichten der nach Annahme des Dawesplanes wiederaufleben den deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen Stellung genommen. „Die Annahme des Gutachtens," so führte er aus, „schafft für die Handelsgeschäfte mit Deutschland vollkommene Sicherheit. Deutschland kann völlig ausreichende Garantien für die Kredite und Anleihen bieten. Allerdings wird jeder Fall besonders geprüft werden müssen." Hoover fügt hinzu, „nachdem Deutschland auf den Weg des Wiederaufstiegs gebracht sei, müsse man nun daran denken, auch die Lage in Rußland zu stabilisieren. Auch Rußland braucht einen Dawes-Plan."

Die in Amerika aufgelegte belgische Regierungsanleihe ist schon am ersten Tag mehrfach überzeichnet worden, worin man in Neuyork ein günstiges Vorzeichen für die deutsche Anleihe erblickt.

Furcht vor deutscher Konkurrenz.

In Dänemark und England.

Angesichts der allgemeinen Annahme des Dawes-Planes und der bevorstehenden 800-Millionen-Anleihe für Deutschland befürchtet man in Dänemark einen ungeahnten plötzlichen Aufschwung der deutschen Industrie. Die große Kopenhagener Presse meint, daß besonders die Erzeugnisse der Eisen-, Leder- und Textilindustrie das nicht zollgeschützte Dänemark überschwemmen werden. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der dänische Industrierat seine Mitglieder zu einer Sitzung zusammengerufen, wo die Frage, wie die dänische Industrie gegen das deutsche Dumping zu schützen sei, erörtert werden soll. Möglicherweise wird der Industrierat sich danach an die Regierung wenden und um Schutz gegen den deutschen Export nach Dänemark ersuchen.

Auch in England werden ähnliche Sorgen laut, und in den Zeitungen lebhaft kommentiert. Hinzu kommt dort noch der deutsch-spanische Handelsvertrag, von dem man behauptet, daß er England einen jährlichen Verlust von 10 Millionen Pfund bringen werde. Der Vertrag macht es angeblich einer großen Reihe britischer Industrieller geradezu unmöglich, mit Spanien Handel zu treiben, denn sie werden mit Deutschland auf der gleichen kommerziellen Basis nicht in Wettbewerb treten können. Die britische Regierung erwägt die Frage, ob sie nicht den Versuch mache von Spanien ähnliche Vorteile zu erlangen, wie sie Deutschland bewilligt worden sind.

Ein Sozialdemokrat für den Schutzzoll.

In den Sozialistischen Monatsheften unternimmt Max Cohen einen mutigen Vorstoß gegen die Stellung der großen Mehrheit seiner Parteifreunde zur Schutzzollfrage. Er wundert sich, daß die sozialistischen Arbeiter, die, wenn es auf den Schutz einer Industrie ankommt, längst gelernt hätten als Produzent zu denken, die Agrarzölle lediglich vom Verbraucherzustand aus beurteilen. Hier spiele der politische Gegensatz zwischen Stadt und Land eine verhängnisvolle Rolle. Cohen setzt sich dann mit den Einwänden der Schutzzollgegner recht geschickt auseinander. Ihre Lehre, das man den Verbrauch grundsätzlich an der billigsten Quelle decken, die Nahrungsmittel also dort beschaffen müsse, wo die natürlichen Produktionsbedingungen die günstigen sind, wäre wohl zutreffend, wenn wir eine durchorganisierte Weltwirtschaft hätten, von der aber seien wir weit entfernt ,und man brauche nur an die Möglichkeit eines Krieges zu denken, der Deutschland gar nicht einmal unmittelbar in Mitleidenschaft ziehen müßte, um die Gefahr für unsere Ernährung zu erkennen. Dies sei der eine Grund für einen wirksamen Schutz unserer Landwirtschaft. Ein weiterer, nicht weniger überzeugender Grund ergäbe sich aus der Notwendigkeit eines sehr erheblichen Ausfuhrüberschusses. Wie sollten wir an ihn denken können, wenn wir auch noch Getreide einführen, daß im Land selbst gebaut werden kann? Getreideland aber, das, „weil der Getreidebau nicht mehr rentierte, Weide oder gar Industriegebiet geworden ist, läßt sich nicht so leicht oder gar nicht mehr in Ackerboden zurückverwandeln. Spätere Generationen würden zu büßen haben, was von uns heute versäumt worden ist." Cohen weist dann darauf hin, daß, was übrigens schon bekannt, die Gewerkschaften dem Getreidezoll nicht so ablehnend gegenüberstehen wie die politische Partei. Seine Mitteilungen über die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat lassen eine ziemliche Unsicherheit der freigewerkschaftlichen Mitglieder bei der Bildung ihres Urteils erkennen, das schließlich dahin ging: „Von der Einführung von Agrarzöllen ist — zurzeit — Abstand zu nehmen!" Cohen warnt zum Schluß seine Parteifreunde, ihre Haltung in der Schutzzollfrag durch Wahlrücksichten — bestimmt zu lassen.

Die Zentrumsarbeiterwähler gegen Bürgerblock und Agrarzölle.

Vertreter des Verbandes der Arbeiterzentrumswähler Deutschlands hielten nach einen Bericht des Düsseldorfer Zentrumsblattes gestern in Elberfeld eine Beratung ab.

Die Zentrumsabgeordneten Giesberts, Joos und Dr. Brüning sprachen über das Londoner Abkommen und die dazu gehörigen Reichsgesetze, die Bestrebungen zur Herbeiführung eines Bürgerblocks, die Agrarzollvorlage und andre politische Tagesfragen. Nach dem erwähnten Bericht ergab die Aussprache zu den Hauptfragen folgende einmütige Stellungnahme: Die Annahme des Londoner Abkommens sei mit Genugtuung zu begrüßen. Gegenüber anders gerichteten Meinungen und Bestrebungen sei es dringend geboten, daß der Reichskanzler Marx zur Wahrung einer ständigen gleichgerichteten Außenpolitik unter allen Umständen auf seinem Posten ausharre, wie auch immer die weitere Entwicklung der Regierung sein möge. Notwendig sei eine Zusammenfassung aller politischen Kräfte im deutschen Volk. Es müsse der Versuch gemacht werden, alle großen Parteien, in denen positive Kräfte vorhanden seien, zur Mitverantwortung heranzuziehen. Eine solche Zusammenfassung wäre nicht gegeben in einer Regierungsneubildung in der Richtung nach einem gegen die Arbeiterschaft gedachten Bürgerblock. Die Zentrumsarbeiterwähler verlangten von der Zentrumspartei, daß sie in ihren Entschlüssen entsprechend ihrer Ueberlieferung unter allen Umständen Rücksicht darauf nehme, daß die Lasten aus dem Londoner Abkommen glatt verteilt würden. Ernste Besorgnisse hege man wegen der Einbringung der Zollvorlage. Es sei zu bezweifeln, ob überhaupt die Landwirtschaft durch die Agrarzölle die von ihr erhofften Vorteile erzielen könne. Viel richtiger sowohl im Interesse der Erzeuger wie der Verbraucher erscheine eine tatkräftige Bekämpfung der ungesunden Preispolitik und die Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Die Einführung der Agrarzölle würde diese Bestrebungen erschweren, die soziale Not verschärfen und eine Senkung der Reallöhne bedeuten.

Wiederaufbauschwindel in Frankreich.

Vom Präfekten des Norddepartements sind die Gerichte in Lille beauftragt worden, gegen eine große Firma in Roubaix wegen Betruges und falscher Angaben bei Kriegsentschädigungsforderungen vorzugehen. Nach dem Kriege hatte die erwähnte Firma in der Bezirkskommission von Roubaix eine Forderung auf Schadloshaltung ihrer Verluste aus Requisitionen infolge der Kriegshandlungen eingebracht, die auf 1 300 000 Franken im Werte von 1914 gleich 10 700 000 Franken Ersatzwert beziffert wurden. Da die Forderung übertrieben erschien, wurde von dem Inspektor des Personals des Ministeriums für die befreiten Gebiete eine Untersuchung eingeleitet. Sie führte zur Aufdeckung eines groß angelegten Betruges. Durch die letzte Begutachtung wurde die Forderung der Firma auf 757 000 Franken im Werte von 1914 gleich 2 600 000 Franken Ersatzwert zurückgeführt. Die ursprüngliche Mehrforderung der Firma hat sich also auf etwa 8 000 000 Franken belaufen.

Leinert pensioniert.

Der Streit um den Abbau des Oberbürgermeisters ist, wie der „Hann. Kur." hört, nunmehr zu überraschendem Abschluß gekommen. Während das Bürgervorsteherkollegium in seiner Mehrheit zunächst beabsichtigte, erneut einen Abbaubeschluß zu fassen, der sich dann streng an die gesetzlichen Vorschriften gehalten hätte, ist ein solcher Beschluß nunmehr überflüssig geworden dadurch, daß Herr Leinert bereits einen Vertrag unterzeichnet hat, der seine Pensionierung zum 1. Oktober d. Js. vorsieht. Das Bürgervorsteherkollegium hat in seiner vertraulichen Sitzung am Freitag nachmittag diesem Vertrage bereits mit großer Mehrheit zugestimmt, so daß nur noch die Zustimmung des Magistrats aussteht, an der aber wohl kaum zu zweifeln ist.

Keine Unterstützung mittelloser deutscher Seeleute in Japan.

D.A.J. In letzter Zeit wird die Deutsche Vereinigung Tokio, wie sie dem Deutschen Auslands-Institut schreibt, von vielen deutschen Seeleuten mit Unterstützungsgesuchen überlaufen, nachdem dieselben von der deutschen Botschaft Tokio, bezw. von dem deutschen Konsulat Yokohama wegen Mangel an Mitteln abgewiesen waren. Die Leute berufen sich auf irreführende Zeitungsnachrichten über die angeblich glänzende Geschäftslage in Japan sowie auf die angeblich vorhandene Aussicht auf Arbeit im Wiederaufbaugebiet. Die meisten dieser Leute sind in der Hoffnung auf Anstellung und Verdienst in Japan von deutschen und ausländischen Schiffen teils desertiert, teils abgemustert und fallen dann nach kurzer Zeit in heruntergekommenem Zustand mittellos und halbverhungert der Deutschen Vereinigung zur Last, nachdem sie sonst nirgends Unterstützung finden konnten. Vor der Einreise nach Japan ohne feste Anstellung bei einer ansässigen Firma kann nicht dringend genug abgeraten werden, da für deutsche Handarbeit nicht die geringste Aussicht für Arbeit im Wiederaufbaugebiet vorhanden ist. Zudem sind die Lebensbedingungen in Japan zurzeit äußerst ungünstig, die Lebenshaltung ganz ungewöhnlich teuer und die Geschäftslage äußerst gedrückt. Seitens der Deutschen Vereinigung in Tokio wird in Zukunft jede Unterstützung von mittellosen Seeleuten abgelehnt werden, da keinerlei Mittel für diesen Zweck mehr vorhanden sind und bei den schweren Schäden, die die Deutschen in Japan durch das Erdbeben selbst erlitten haben, weitere Mittel für diesen Zweck auch nicht mehr aufgebracht werden können.

Weitere Nachrichten.

— **Eine Stadt in Brand gesteckt.** Die Stadt Schweinitz bei Budweis in Südböhmen wurde an vier Ecken in Brand gesteckt, nachdem die Telegraphen- und Telephondrähte nach Budweis durchgeschnitten waren. Dem kräftigen Einschreiten der Feuerwehren von Schweinitz und Budweis gelang es, den Brand auf vier große Gutshöfe zu beschränken, die mit allen Nebengebäuden und Vorräten den Flammen zum Opfer fielen. Der Stadtgemeinde waren mehrere Briefe zugegangen, in denen angedroht war, daß die Stadt in den nächsten Tagen an vier Ecken angezündet werden würde. Diese Drohungen fanden jedoch keine Beachtung.

— **Ueberfall auf einen russischen Eilzug.** Der Eilzug Odessa—Moskau wurde von einer Räuberbande zum Entgleisen gebracht und die Fahrgäste wurden beraubt. Der Zug geriet in Brand, sodaß viele Insassen ums Leben kamen.

— **Typhuserkrankungen.** In dem Industrieort Sohland an der Spree, unweit Bautzen, erkrankten vermutlich nach Genuß von Brunnenwasser, das Bakterien enthielt, acht Personen an Typhus schwer. Eine Person ist der Seuche erlegen. Die Gemeindeverwaltung hat für die gesamten Einwohner Schutzimpfungen angeordnet.

— **Familientragödie.** In Erfenbach in Bayern hat der Gärtnereibesitzer Karl Witzel in einem Zustand geistiger Umnachtung seiner Ehefrau und seinem neunjährigen Sohn mit dem Hammer lebensgefährliche Verletzungen beigebracht. Der als fleißig und strebsam bekannte Mann lebte mit seiner Familie im besten Einvernehmen, war aber in letzter Zeit kränklich und geschäftlich in Sorgen geraten. Er wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach Kaiserslautern gebracht.

— **Wegen Mordverdachtes verhaftet.** In der Nähe des Schlesischen Bahnhofes in Berlin konnte der Schnitter Julius Czarnetzki verhaftet werden, der in dem dringenden Verdacht steht, den Schnitter Hermann Müller auf der Feldmark Bobelitz bei Goten in Mecklenburg ermordet zu haben. Der Ermordete befand sich mit Czarnetzki und einem dritten noch unbekannten Schnitter auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen. Unterwegs wurde Müller erschlagen und beraubt. Charnetzki und der Unbekannte waren seit der Zeit verschwunden.

— **Begnadigung eines zum Tode Verurteilten.** Händler Friedrich Hofmann war vom Schwurgericht in Darmstadt wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilt worden. Die Revision hatte das Reichsgericht verworfen. Nunmehr hat das hessische Gesamtministerium die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Der Anstifter zu der Mordtat, Kriminalpolizeiinspektor Weber aus Darmstadt, hat sich während der Untersuchungshaft im Butzbacher Gefängnis erhängt.

— **Ein achtzigjähriger Mörder aus Eifersucht.** Das Greisenalter wird gewöhnlich durch abgeklärte Ruhe und über den Dingen stehende Leidenschaftslosigkeit gekennzeichnet. Von ihm erwartet man alles andere als Affekthandlungen. Es gibt aber doch auch Ausnahmen von dieser Regel. Das beweist ein blutiges Drama, das sich zu Putnam (Connecticut) zutrug. Dort erschoß der 80jährige Benjamin White seinen 72jährigen Bruder, den Farmer Edwin White, und ging flüchtig. Ein Polizeiaufgebot setzte sich auf seine Spur. Inzwischen aber war der Mörder auf die Farm seines Bruders geeilt und hatte dort einen jungen Mann, der im Begriff stand, seine Nichte, die Tochter seines Bruders, zu heiraten, angeschossen. Er konnte aber bald darauf in einem Walde gestellt werden, wobei er jedoch, da er Widerstand leistete, getötet wurde. Das Motiv seiner Tat ist nicht ganz geklärt, doch glaubt man annehmen zu dürfen, daß Eifersucht und Unwille über die geplante Verheiratung ihm die Waffe in die Hand drückten. Für einen Achtzigjährigen immerhin eine seltene Gemütserregung!

— **Vermischtes.** Die Münchener Polizei nahm einen 30 Jahre alten Mann aus Aachen fest, der nach Unterschlagung von 5000 Mark Lohngelder vor einiger Zeit geflüchtet war. Der Betrüger hatte jeweils mehr Geld angefordert als er für die Gehaltszahlungen benötigte. Es wurde nur noch ein geringer Geldbetrag bei ihm gefunden. Das übrige Geld hat er inzwischen mit seiner Geliebten verjubelt. — Der Motorrennfahrer Dario Resta, der Inhaber mehrerer Weltrekorde war, ist auf der Brocklandsbahn tötlich verunglückt. Der mit ihm fahrende Mechaniker kam mit leichten Verletzungen davon. — Im Londoner Stadtteil Westminster brach ein im Bau befindliches Gebäude zusammen und begrub unter sich 13 Arbeiter, von denen 8 schwer und die übrigen leicht verletzt wurden. — Tribuna teilt mit, daß nachdem Mussolini in seinem Automobil die Grenze zwischen den Provinzen Rom und Toskana überschritten hatte, 1½ Stunden später auf 2 Automobile aus Brescia, die mit großer Geschwindigkeit die Straße befuhren, geschossen wurde. Das Gerücht von einem Attentat auf Mussolini sei unbegründet.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 6. Sept. (Zweierlei Maß.) Die Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, müssen ihre Rücklagen mündelsicher anlegen, das Gesetz verpflichtet sie sogar, ein Viertel ihres Vermögens in Reichs- oder Staatsanleihen anzulegen. Die Geldentwertung hat die Rücklagen der Berufsgenossenschaften, die gegen 400 Millionen Friedensmark betragen haben dürften, fast vernichtet. Der wesentliche Schuldner, das Reich, hat den Vorteil davon. In einer Beziehung waren aber die Berufsgenossenschaften die Schuldner des Reiches: Die Unfallrenten werden für ihre Rechnung durch die Post ausgezahlt. Bis 1909 ersetzten die Berufsgenossenschaften der Post ihren Aufwand nach Ablauf des Jahres. Vom Jahre 1910 ab wurden die Berufsgenossenschaften verpflichtet, der Post den Aufwand für ein Jahr im voraus zur Verfügung zu stellen. Um dies zu ermöglichen, wurde die Unfallast des Jahres 1909 in eine schwebende Schuld umgewandelt, die in 20 Jahren abgetragen werden sollte, wofür auch jahraus jahrein Zahlungen von den Berufsgenossenschaften geleistet worden sind. Die noch verbliebene Schuld der Berufsgenossenschaften wurde natürlich auch als durch die Geldentwertung erledigt betrachtet. Man kann daher das Erstaunen der Berufsgenossenschaften verstehen, als in diesen Tagen das Reichsversicherungsamt ihnen eine Verfügung zustellte, wonach 15 v. H. des Betrages der schwebenden Schuld zu Lasten der Berufsgenossenschaften in Goldmark wieder aufleben sollen und alsbald unter Berücksichtigung von Zinsen die Tilgung des Betrages wieder aufzunehmen wäre. Man hat nicht gehört, daß das Reich für die Kriegsanleihen und seine sonstigen Schulden sofort eine Aufwertung von 15 v. H. vornimmt und noch in diesem Jahre mit der Tilgung, und zwar in erheblichen Beträgen, beginnt. Erst wenn das Reich seinen Verpflichtungen in der Weise nachkommt, ist es berechtigt, von seinen Schuldnern aus der Zeit vor dem Kriege Entsprechendes zu fordern!

Dortmunder Pferdemarkt.

Dortmund, 8. Sept. Zum Dortmunder Pferdemarkt waren am letzten Freitag aufgetrieben: 450 Pferde und 150 Fuhrwerke aller Art. Der Handel war langsam. Es wurden gezahlt: für beste Stuten 1000—1400 Goldmark, für 1. Arbeitspferde 1000—1400, für 2. Arbeitspferde 600—1000, für 3. Arbeitspferde 250 bis 600, für 2jährige Pferde 400—600, für 1jährige Pferde 200—400, für Saugfohlen 150 bis 200. Beste Tiere wurden über Notiz bezahlt. 1200 Besucherkarten wurden ausgegeben. Nächster Markt: Freitag, 19. Sept.

Briefkasten.

H. K. 100 Nach einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums betrugen Deutschlands Verluste im Weltkriege

56 133	Offiziere und Beamte
212 067	Unteroffiziere und Deckoffiziere
1 572 523	Mannschaften
5 568	ohne Angabe des Dienstgrades gemeldete [Leute
1 846 293	Tote.

Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten beträgt nach den neuesten Berechnungen einschließlich der nach § 94 R. V. G. Abgefundenen 1 537 000

Die Gesamtzahl der Kriegshinterbliebenen 1 945 000

und zwar:

533 000	Witwen
1 134 000	Halbwaisen
58 000	Vollwaisen
58 000	Elternpaare
162 000	Elternteile
1 945 000	

In den übrigen Ländern betrugen die Verluste:

	Tote	Verwundete
Oesterreich	1 500 000	164 000
Frankreich	1 400 000	1 508 000
Italien	550 000	800 000
Rußland	3 000 000	775 000
Serbien	700 000	*)
Rumänien	160 000	100 000
Bulgarien	60 000	*)
Belgien	115 000	*)
England	1 060 000	117 000
Amerika	52 000	157 000

*) fehlen zuverlässige Angaben.

F. K. O. Der Deutsche kann mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen. Der Bayer kann, wenn er in Preußen dauernden Aufenthalt nimmt, die preußische Staatsangehörigkeit erwerben, ohne seine bisherige aufgeben zu müssen, der Ausländer — auch Danzig gilt als Ausland — muß, wenn er Reichsangehöriger werden will, zunächst aus seinem bisherigen Staatsangehörigkeitsverhältnis entlassen sein und dies evtl. beantragen. Der Antrag auf Einbürgerung ist an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Kosten der Urkunde belaufen sich auf 500 Goldmark, können aber im Bedürftigkeitsfalle auf 10 Mark ermäßigt werden.

A. F., Kamen. Wenn der Bruch als eine Folge der Arbeitsleistung anzusehen ist (Das Reichsvers.-Amt bedingt hierfür nur die Wahrscheinlichkeit), so liegt ein Betriebsunfall vor, der sofort bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden ist. Bei Abschluß des Verfahrens wird Ihnen mitgeteilt, ob und in welcher Höhe die Entschädigungspflicht anerkannt wird. Sollte Ablehnung erfolgen, so müssen Sie innerhalb Monatsfrist Berufung beim Oberversicherungsamt einlegen. Die Rente beginnt mit der 14. Woche nach dem Unfall, ihre Höhe richtet sich nach dem Jahresarbeitsverdienst und nach dem Maße der Beeinträchtigung in der Erwerbsfähigkeit.

A. R. in Kamen. Soviel aus dem, zum Teil unleserlichen, Stempelaufdruck ersichtlich ist, wurde der Brief zurückgesandt, weil der Adressat in der angegebenen Straße nicht wohnt bezw. nicht gefunden wurde. Sie können den Versuch machen, bei der Stadtverwaltung wegen des Verbleibes Ihres Bruders Nachfrage, unter Angabe der letzten Ihnen bekannten Wohnung, zu halten. Für Porto und Gebühren fügen Sie vielleicht Ihrer Anfrage eine Rentenmark bei. Es ist natürlich ungewiß, ob Sie Erfolg haben werden, aber den Betrag können Sie für einen Versuch ja wohl aufwenden.

A. B. 999, Kamen. Die Elternrente beträgt in Ihrem Falle für den einzelnen Elternteil zurzeit monatlich 13,40 Mk., sie wird nur gewährt für die Dauer der Bedürftigkeit, wenn der Verstorbene der Ernährer gewesen ist oder nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienste geworden wäre. Bedürftig ist nur, wer im Sinne des Gesetzes erwerbsunfähig ist oder als Mutter das 50. Lebensjahr und als Vater das 60. Lebensjahr vollendet und keinen Unterhaltsanspruch gegenüber Personen hat, die imstande sind, ausreichend für ihn zu sorgen. Entsprechender Antrag ist bei dem zuständigen Versorgungsamt zu stellen. Im Falle der Bedürftigkeit kann Zusatzrente gewährt werden bis zum Betrage von 11,25 Mk. monatl., die bei der zuständigen Fürsorgestelle zu beantragen ist.

Anzeigen in dieser Zeitung haben stets Erfolg



Die Todesstunde schlug zu früh,
Doch Gott der Herr bestimmte sie.

Heute abend entschlief plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalles mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, unser guter Sohn, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Hauer

Heinrich Lenkenhoff

im Alter von 49 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Kala und Hamborn,
den 5. September 1924.

Die Beerdigung findet am 9. September, nachmittags 4½ Uhr, vom Krankenhause aus statt. 2502

Geschäfts-Eröffnung!

Den geehrten Bewohnern von Kamen und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich im Hause **Unnaerstraße 158** eine 2506

Rind- u. Schweine-Metzgerei

eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll **Otto Vonhoff.**

Freiwillige Turner-Feuerwehr Kamen.

Dienstag, den 9. Septbr., abends 8 Uhr

Gesamt-Uebung.

1709 Der Hauptmann.

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten, Blutarmut, Herzklopfen, nervöse Kopfschmerzen, Schwächezustände aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magen- und Menstruationsbeschwerden sollen nur durch

Doppelherz

dem von der Wissenschaft anerkannt, Nervenkräftigungsmittel behandelt werden. Allein echt mit der Herzschwester



Originalflasche G.-M. 1.80 3.- u. 4.- Zu haben in allen Apoth. u. Drog., bestimmt bei:

Jacobi, Germania-Drogerie, Knapstein, Weststrasse 49, Klinkmann, Weststrasse 1, Thiel, Oststrasse 21, Schnieder, Werne, Wassmann, Werne. 2482

Unbedingt sicher schützt u. wirkt gegen Schweine-Rotlauf

Schweineschutz „Aposta"

pat. ges. 2500

Vertreter gesucht!

J. Hoffmann, Hamm (Westf.) Hobreckerstraße 11 a.

Erwerbslose und Hausierer

für neu geschützten Artikel gesucht. 2504

Kapital nicht erforderlich.

Kamen, Schillstraße Nr. 5.

Aelteres, im Servieren, Nähen, Bügeln und allen Hausarbeiten durchaus erfahrenes, oder einfaches

Zweitmädchen

gesucht. Beste Zeugnisse erforderlich. 2498

Frau Bergassessor Gräff, Zeche Kurl.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise) 1777

Pianos Flügel-Harmoniums

Verkauf direkt an Private, frachtfrei.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelfabrik

Hagen (Westf.)

Filiale: Berlin, Hardenbergstrasse 14.

NB. Wir führ. in Sonderabt. echte Grammophone m. Künstlerpl.



Hühneraugen das Radikalmittel beseitigt sicher **Lebewohl**

Hornhaut a. d. Fußsohle verschwindet durch **Lebewohl-Ballen-Scheiben.**

Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf

— In Drogerien u. Apotheken. —

Heinrich Jacobi, Kamen u. Bergkamen.

Zwei freundlich

möbl. Zimmer

mit Morgenkaffee in besserem Hause zu vermieten. 2426

Näheres in der Geschäftsst

Zwei anständige junge Leute erhalten 2499

Kost u. Logis.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Für's Heim



Unterhaltungs-Beilage

der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Wendehmut.

„Sie haben doch eine Italienerin geheiratet; hat Ihre Gattin schon Deutsch gelernt?"

„Ja, etwas, vor der Hochzeit; aber jetzt muß ich Italienisch lernen."

Glück.

Glaub' nicht, daß dort nur Glück besteht,
Wo's Geld und Schätze regnet;
Wem unbemerkt die Zeit vergeht,
Den hat das Glück gesegnet.

Günstige Situation.

Taschendieb (zu einem Genossen): „Da, komm mit ins neue Museum! In der großen Kugelhalle stehen jetzt immer an zwanzig Kunstschwärmer und stieren das Deckengemälde an!"

Da hat er's!

„Der Lerer ist frech er haut mich."

Diese in entsetzlichen Krähenfüßen geschriebenen und von zahlreichen Tintenklecksen begleiteten Worte fand Karlchens Vater, ein Hotelier, eines schönen Tages — im Beschwerdebuch!

Bewährte Kraft



„Kannst du mich auf die Gemeindealm führen, Junge?"

„Warum denn nöt? Do hab' i manche Kuh 'naufgetrieb'n!"

Er kennt sie



„Ich will Ihnen einen guten Rat geben, Herr Räuschel: Heiraten Sie sich Ihre Flurnachbarin, die reiche Witwe Meyer!"

„Um Himmels willen — nee, mein Lieber! Als ihr Seliger noch lebte, bin ich mal nach einem urfidelen Kegelabend irrtümlich an ihre Zimmertür geraten, wo sie auf ihren Mann lauerte .... Na wissen Sie: was ich da erlebt habe!"

Verschnappt.

Arzt: „Ihr Mann ist krank?"

„Ja — das heißt, eigentlich ist er bloß unausstehlicher Laune!"

„Das ist aber ein Sympton von Krankheit bei Ihrem sonst so heiteren Gatten!"

„Ach was — da müßt' ich ja keinen gesunden Augenblick haben!"

Auch das noch!

„Meine Braut ist nicht schön, aber sehr gestreift!"

„Armer Kerl, da bist du ja doppelt bemitleidenswert!"

In Verlegenheit.

Hauswirt: „Sie wissen doch, daß Sie die Wohnung in demselben Zustande zu übergeben haben, wie Sie sie beim Einzug übernommen haben!"

Ausziehender Mieter: „Das wird kaum möglich sein; wo soll ich denn auf einmal so viele — Wanzen herkriegen?!"

Schmeichelhafte Auffassung.

Gast (zu seinem Nachbar am Biertisch): „Hat denn das Restaurant gar keinen Ausgang nach hinten?"

„Neee, wenn Sie durchbrennen wollen, müssen Sie schon durch's Fenster!"

Schlagfertig.

Dienstmädchen (zur Gnädigen): „Gnä' Frau, die Kohlen im Keller sind bald zu Ende."

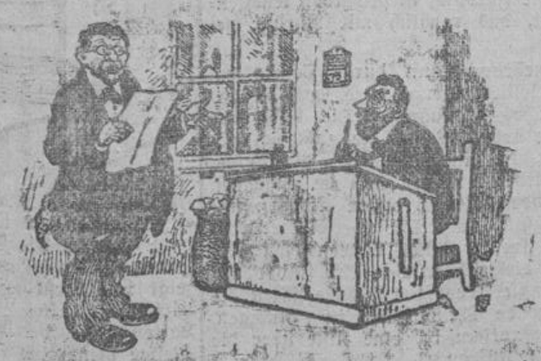
„Mein Gott — das ist doch nicht möglich! Ärgerlich Sie essen sie wohl?"

„Kerzen müssen auch gekauft werden."

„Hab' kürzlich erst zwei Pakete gekauft! Wo sind die geblieben?"

„Die hab' ich auch mit aufgegessen, damit die Kohlen leichter rutschen."

Gerade deshalb



„Mit der Verordnung vom Bezirksamt kennt sich keine Katz aus!"

„Und ist doch nur für die Katz'!"

Es ist nichts so fein gesponnen . . . .

81. Fortsetzung. Original-Roman von Anna Forster. (Nachdruck verboten.)

Voll Haß sah Ria Mollner der schlanken, feingliedrigen Mädchengestalt nach, die mit schwebender Anmut den Salon verließ. Heimlich jedoch triumphierte sie. Binnen kurzem, dessen war sie sicher, würde diese Person hier mit Schimpf und Schande herausfliegen.

Lebhaft wollte sie gerade anfangen, Frau van Donken zu erzählen, was jene Anna eigentlich sei, nämlich eine Schwindlerin, so hatte sie es sich gestern abend bereits als besonders wirkungsvoll ausgedacht. Das mußte am meisten treffen.

Doch sie kam gar nicht dazu, ihren Plan auszuführen, denn sie hörte die junge Frau kühl und sehr von oben herab sagen:

„Wenn Sie gekommen sind, um mich über Fräulein Hartmanns Vergangenheit aufzuklären, so können sie sich jede Mühe sparen, Fräulein Mollner, Annchen hat mir alles erzählt, vor zwei Jahren, gleich nachdem sie, durch Ihre unwürdige Behandlung dazu veranlaßt, aus dem Hause Ihrer Mutter floh und durch einen seltsamen Zufall zu mir kam. Ich weiß, daß sie ein Findelkind ist, bei einer einfachen, armen Frau auf einem Heidedorf erzogen wurde und dann von Ihrer Mutter in Dienst genommen wurde und Sie bedienen mußte."

Ria konnte das eben Gehörte kaum fassen. Sollte ihr Rachegelüst derart unbefriedigt bleiben müssen? Nein, eins blieb noch zu erwähnen, alles hatte die wirklich schlaue und raffinierte Person doch nicht erzählt.

„Ich sehe, die Anna hat vorgebeugt," sagte sie voll Hohn, „doch alles hat Sie Ihnen nicht mitgeteilt, gnädige Frau. Sie weiß ganz genau, daß sie die uneheliche Tochter einer Dienstmagd ist, einer Dirne, und von ihren eigenen Liebesverhältnissen mit einem Besucher unseres Hauses, der sich ihrer Zudringlichkeiten kaum noch erwehren konnte, hat sie Ihnen selbstverständlich auch nichts erzählt."

Frau van Donken, die sehr temperamentvoll war, stand jetzt so heftig auf, daß Ria sich gleichfalls erheben mußte.

„Das ist eine Lüge," rief sie, „oder mindestens eine bewußte Verdrehung der Tatsachen. Ihr seiner Herr Wendler hat Annchen nachgestellt, in feigster und unehrenhaftester Weise. Meine Freundin hat mir alles wahrheitsgetreu erzählt, auch die Szene auf der Burgruine. Und bei ihrem durchaus ehrlichen und zuverlässigen Charakter weiß ich, daß sie alles eher noch entschuldigend, aber sicher nicht übertreibend schilderte. Was Ihre Bemerkung betrifft, die junge Dame sei die uneheliche Tochter einer Dirne, das glaube ich einfach nicht, solange ich keine Beweise dafür habe. Im übrigen, sie wäre mir auch dann — für ihre Herkunft kann sie nichts — genau so lieb, wie sie es mir durch ihr feines selbstloses Wesen, durch ihre wahre Vornehmheit geworden ist. Einmal wird es sich vielleicht aufklären, wie alles zusammenhängt, mein Mann und ich hatten schon immer die Absicht einmal Nachforschungen anzustellen, wie Ihre Mutter dazu gekommen ist, das Kind, von dem Sie behaupten, seine Mutter sei eine Dirne gewesen, in das Heidedorf zur Erziehung zu geben. Annchens Aeußere läßt auf eine ganz andere Herkunft schließen. Mag es aber sein, wie es will, auf jeden Fall betrachte ich sie als meine Freundin, ich lasse nichts auf sie kommen und habe an meinem Mann einen Helfer, wenn es gelten sollte, den Ruf und die Ehre Fräulein Hartmanns zu verteidigen gegen Verleumdung oder irgendwelche anderen Angriffe."

Mit zornsprühenden Augen hatte die junge Frau gesprochen. Wie sie jetzt dastand, zeigte sich ihre ganze Verachtung gegen Ria sehr deutlich auf ihrem Gesicht, das geradezu unnahbar hochmütig aussah.

Ria Mollner empfand ein Gefühl der Bestürzung, das ihr, der Selbstsicheren, ganz neu war. Zu überraschend, zu unerwartet kamen diese Worte Frau van Donkens. Statt Dank erntete sie Ablehnung und wurde behandelt, als sei sie ehrlos, nicht jene andere. Doch nicht lange dauerte ihre Bestürzung, sie wich schnell ihrer furchtbaren Wut, die ihr schönes Gesicht zur Fratze verzerrte.

„Ihre Verteidigung wird der Anna wenig nützen," sagte sie mit zornbebender Stimme. „Die Gesellschaft wirklich vornehm denkender Menschen hier wird anders urteilen, wird es sicher nach Erfahrung der Wahrheit ablehnen, eine Person als ebenbürtig zu betrachten und in ihren Kreisen zu dulden, in die sie sich frech und listig eingeschmuggelt."

Als sie dies gesagt, rauschte sie ohne Gruß aus dem Salon.

„Furie," dachte Frau van Donken, dann aber wurde ihr Gesicht ernst. Sie wußte, jetzt galt es kämpfen, denn dieses Fräulein Mollner machte den Eindruck einer ganz rabiaten Person, die würde in ihrer Wut bestimmt alles aufbieten, um Annchen zu schädigen. Wenn

---

Kaum hat die Jugend in die Welt gesehn,
Glaubt sie schon Welt und Menschen zu verstehn;
Mit keden Strichen wandelt sie die Spuren
Des Weltverstehn zu sicheren Konturen.

Die Jahre fliehn. Nur keine Zeit verlieren!
Bald gibt es da, bald dort zu korrigieren.
Kommt dann die Zeit, wo unsre Haare bleichen,
Sieht man am End' — vor lauter Fragezeichen.

Otto Promber.

sie aber jetzt zusammen abreisten, dann blieb jene erst recht als die Triumphierende zurück. Nein, das durften sie nicht tun, sie mußten ausharren und dem Kommenden die Stirn bieten, wenn es sicher auch für Annchen peinvoll und schmerzlich sein würde. Vor allen Dingen wollte sie jetzt schnell zu ihr hinüber, damit sie sah, wie rasch sie dieses gräßliche Fräulein abgefertigt hatte. Dann wollte sie ihr Mut zusprechen, damit sie nicht gar zu ängstlich wurde. Schließlich gab es hier doch viele Leute, die großzügig dachten und sich um solchen Klatsch überhaupt nicht kümmerten. Freilich, das gestand sie mit einem Seufzer ein, es gab auch eine Anzahl anderer, die begierig jeden Skandal aufgriffen und eine boshafte Freude empfanden, wenn jemand verdächtigt wurde. Aber sie war kampfbereit, sie würde diesen Leuten zeigen, daß sie, Frau van Donken, sich nicht einschüchtern ließ, daß sie treu zu ihrer Freundin hielt. —

Ria Mollner kam in größter Erregung zu ihrer Mutter zurück. Diese sah gleich, daß ihrer Tochter kein Erfolg beschieden gewesen. Hätte sie doch auf sie gehört und die ganze Angelegenheit auf sich beruhen lassen! Man hätte das Mädchen einfach übersehen und damit sicher am klügsten gehandelt. Aber Ria in ihrem Eigensinn und ihrem Besserwissen nahm ja nie einen Rat an.

„Denke nur, Mama, diese Frau van Donken, eine überspannte Person übrigens, behauptet, schon alles von der Vergangenheit der Anna, Annchen, wie sie sie zärtlich nannte, zu wissen. Sie habe sie zur Dame ausbilden lassen und betrachte sie jetzt als ihre Freundin. Sie ließ mich gar nicht zu Worte kommen. Und dann, was meinst du, was sie behauptet? Sie glaube nicht daran, daß die Anna die uneheliche Tochter einer Dienstmagd od. einer Dirne sei, dies ist doch schließlich ein und dasselbe, sie und ihr Mann wollten sowieso bald Nachforschungen über die eigentliche Herkunft anstellen. So ein Blödsinn! Nun, ich weiß, was ich tue, der alten Baronin Hennecke werde ich die Geschichte erzählen, die klatscht gern und ist furchtbar hochmütig, die wird darüber ganz empört sein und schon dafür sorgen, daß so eine Person nicht als Unseresgleichen in einem vornehmen Hotel geduldet wird."

Ria war so von ihrem Thema eingenommen, daß sie ihre Worte nur so hervorsprudelte und gar nicht auf ihre Mutter achtete. Sie hatte ihren Hut abgenommen und stand vor dem Spiegel, ihr Haar ordnend. Deshalb sah sie nicht, wie Frau Mollners Gesicht sich mit Totenblässe überzog, wie sie ein paar Mal automatisch nach dem Herzen griff, als empfände sie einen Schmerz, der sich kaum noch ertragen ließ. Es kostete sie schier übermenschliche Anstrengungen, sich zusammenzunehmen, Doch beim besten Willen gelang es ihr nicht, irgend etwas als Antwort auf Rias Rede zu sagen, die Stimme versagte ihr vollständig.

„Ich gehe heute nachmittag zum Tennisspielen, Mama! Herr von Gehringen wird mein Partner sein, ein Vetter von ihm, ein Freiherr von Gemmich, der gestern ankam, wird gleichfalls mitspielen. Ich überlege nun gerade, ob ich Herrn von Gehringen den Skandal mit meiner ehemaligen Zofe mitteile? Es wäre vielleicht ganz gut."

„Ich täte es nicht, Ria," sagte Frau Mollner, die mittlerweile wieder ihre Fassung einigermaßen zurückgewonnen hatte, wenn auch ihre Tochter gar nicht merkte, oder es auch dem Aerger über das ihr Mitgeteilte zuschob. „Laß doch das Mädchen seiner Wege gehen, uns stört sie ja nicht!"

Ria zuckte schon wieder nervös die vollen Schultern. Wenn sie an ihre Mutter eine Frage richtete, so setzte sie voraus, daß diese ihr beistimmte, falls es nicht geschah, war sie ärgerlich, denn sie konnte keinen Widerspruch vertragen. Letzten Endes tat sie dann einfach was sie wollte, sie kehrte sich prinzipiell nicht an den Rat, den andere ihr gaben. So nahm sie sich auch jetzt fest vor, mit Herrn von Gehringen wie zufällig von der merkwürdigen Angelegenheit der Frau van Donken und ihrer Freundin, der ehemaligen Dienstmagd, zu sprechen. Er war ein Aristokrat und würde sie sicher verstehen, wahrscheinlich auch gern helfen, damit sie ihren Plan ausführen konnte.

(Fortsetzung folgt.)



Anton Bruckner.

Zur Erinnerung an seinen 100. Geburtstag, 4. September 1924.

Anton Bruckner, der letzte große Klassiker der österreichischen Musik, ist wie Franz Schubert dem österreichischen Schullehrerstand entsprochen. Was ihn in seiner Jugend erwartete, sah nicht nach Glück und Glanz aus. Früh trat wohl die entschiedenste Neigung zur Musik hervor. Aber als der Vater 1836 starb, mußte der Knabe, der 11. Geschwister hatte, froh sein, im Stift St. Florian als Sängerknabe aufgenommen zu werden. Hier blieb er vier Jahre, um dann, nach der notwendigen Vorbereitung in Linz, von 1841 ab das saure Brot eines Dorfschullehrers zu verdienen. Die Not ließ ihn das Nebenamt eines Fiedlers ergreifen, der bei Hochzeiten den Bauern zum Tanz aufspielte. Sonntags hatte er in der Kirche die Orgel zu spielen, auf der er sich bald eine derartige Meisterschaft erwarb, daß er von dem damaligen Bischof als Domorganist nach Linz berufen wurde. In dieser immerhin noch bescheidenen Stellung war es ihm endlich möglich, seinen lange gehegten Wunsch, sich mit der Theorie der Musik vertraut zu machen, auszuführen. So war Bruckner bereits ein gereifter Mann, als er im Jahre 1855 bei dem berühmten Theoretiker Simon Sechter in Wien Generalbaß und Kontrapunkt studierte. 6 Jahre hindurch bereitete er sich für eine rigorose Prüfung vor, die er 1861 vor den namhaftesten Musikern Wiens mit glänzenden Erfolge ablegte. Nun fanden sich auch einflußreiche Gönner, und sein Ansehen wuchs von Jahr zu Jahr. 1865 lernte Bruckner in München Wagner kennen und gehörte seitdem zu seinen begeistertsten Verehrern. Seine dritte Symphonie in D-Moll ist ihm gewidmet. Seine bedeutendsten symphonischen Tonwerke und das „Tedeum" sichern ihm einen unsterblichen Platz in unserer heutigen Musik.

Das seltenste Edelwild.

Der aussterbende Steinbock.

Der Steinbock, ein häufig verbreitetes Edelwild der Alpen, ist heute beinahe zum Museumstier geworden. Schon im 16. Jahrhundert war er in Graubünden selten geworden, dann nahm er auch in Salzburg und in Tirol ab. Länger erhielt er sich in den Berner, am längsten in den Walliser Alpen, im Gebiet des Mont Blanc und Monte Rosa, wo sich seine letzten Vertreter bis in die Gegenwart erhalten haben. Ueber die Ursachen dieses Aussterbens ist man sich nicht völlig klar. Sicherlich wurden die Bestände durch zu starken Abschuß übermäßig geschwächt. Immerhin dürfte die Jagd, besonders in den früheren Zeiten, kein genügender Grund für das Aussterben des Steinbockes gewesen sein. Man hat daher noch nach anderen Ursachen gesucht, die man schon deswegen ergründen möchte, um die Aussichten für eine Schonung und neue Vermehrung des Tieres zu verbessern. Viel Schuld hatte jedenfalls die im 17. und 18. Jahrhundert allgemein ausgedehnte Rodung der Bergwälder. Auf der italienischen Seite des Monte Rosa befindet sich noch ein Bestand von Steinböcken im Besitz des Königs von Italien. Der Steinbock kreuzt sich nie mit der Gemse, dagegen gern mit der Hausziege, und die Bastarde sind lebensfähig und fruchtbar. Solche Zuchtversuche wurden oft angestellt und man hat auch gewagt, die Nachkommen in die freie Natur auszusetzen. Immer hat sich leider die mangelnde Eignung der Bastarde zur Einbürgerung im Gebirge gezeigt, abgesehen davon, daß sie überhaupt nur ein Ersatz und keine echten Steinböcke waren.

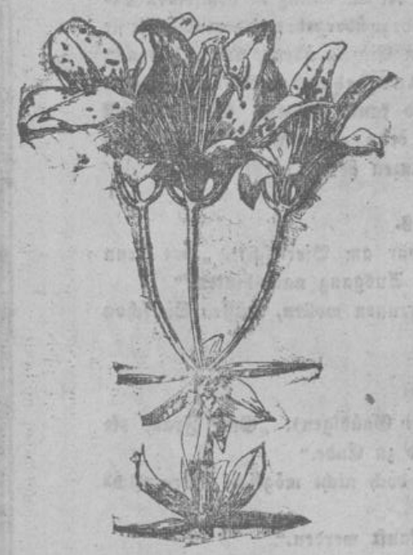
Vor einigen Jahren gelang es einigen Tierfreunden, mehrere junge Tiere verschiedenen Geschlechts gleichzeitig zu erhalten, die in dem durch sie zu einer europäischen Sehenswürdigkeit gewordenen Wildpark von Peter und Paul bei St. Gallen untergebracht wurden und dort so sorgfältig gepflegt und aufgezogen werden konnten, daß sie sich zu kräftigen Tieren entwickelten und vermehrten. Durch gelegentlichen Nachschub von frischen Tieren aus der Freiheit erhielt sich die Kolonie so entwicklungsfähig, daß man bald daran denken konnte, einzelne Paare abzugeben. Ein erster Versuch mit der Aussetzung von Tieren in die freie Natur wurde im Bannbezirk der grauen Hörner im St. Galler Oberland gemacht. Sie wurden zuerst in einer Umzäunung am Bergwald gehalten und gefüttert, setzten sich aber bald selbst in Freiheit, machten in den ersten Monaten gelegentlich von der Fütterung durch den Waldhüter noch Gebrauch und verwilderten dann bald völlig. Die Tiere haben sich gut gehalten und auch schon mehr als einmal vermehrt, ebenso auch im Kanton Graubünden. So scheint zunächst wenigstens für die Schweizer Alpen der Steinbock als einheimisches freies Tier wieder gesichert zu sein. Selbstverständlich ist die Jagd dort verboten und mit hohen Strafen bedroht.

— **Schüsse in den Mond.** Mondfinsternisse, wie wir kürzlich eine erlebten, haben primitiven Menschen stets großen Schrecken eingejagt. In der Türkei ist noch heute die Ansicht verbreitet, daß eine Mondfinsternis Unglück bedeutet, und man sucht sich gegen die bösen Dämonen, die dann Macht gewinnen, dadurch zu schützen, daß man in den Mond schießt. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, sind bei der letzten Mondfinsternis verschiedene Personen in den Straßen durch Revolverschüsse getötet worden, die von abergläubischen Türken und Griechen abgefeuert wurden.

Eine der schönsten Lilien.

Die echten Lilien sind nicht nur eine der artenreichsten Familien — allein in Deutschland werden in den Gärten über 52 botanische Arten mit einigen 100 Spielformen und mehr als 3000 Sorten gehegt —, sondern sie gehören zum schönsten im Pflanzenreich, was es überhaupt gibt. Gärtnerischer Wagemut und der Eifer zahlreicher Botaniker hat sie aus aller Welt zusammengeholt und der Gärtner sie vervollkommnet, durch Kreuzung neue Spielformen und immer neue Sorten gezüchtet. So stammt die Goldbandlilie aus Japan, die Brawn'sche aus China, die Feuerlilie aus den Pyrenäen, die Goldlilie aus Kanada, die echte weiße Lilie aus Syrien und Persien, die Krainlilie aus der Lombardei, und die Kamtschatkalilie verrät ihre Heimat bereits durch ihren Namen.

Viele stammen aus Steppen, mehrere aus einem fruchtbaren Tiefland, viele aus dem Hochgebirge. Die nachstehend abgebildete ist die Catesbaer-Lilie, (Lilium Catesbaer Walt), in ihrer pennsylvanischen Heimat die Rote Südlands-Lilie genannt. Sie ist leider viel zu selten in unseren Gärten zu finden, trotzdem sie eine der schönsten ihrer Art und schon 1787 über Frankreich nach Europa gekommen ist.



Die Pflanze erreicht unter günstigen Verhältnissen 1 Meter Höhe. Der Stengel hat die Stärke eines Bleistiftes. Meist wird nur eine einzige Blüte erzeugt, die dann aber riesige Ausmessungen, bis zu 25 Zentimeter, hat. Wenn eine Pflanze 3 Blüten mit etwa 15 Zentimeter hat, so ist das schon eine Seltenheit. Die Färbung ist prachtvoll leuchtendes Orangerot, das reichlich mit Purpur gefleckt ist.

Die Vermehrung kann durch Samen erfolgen, der reichlich erzeugt wird, doch ist das ein umständliches Verfahren. Die beste Art ist die durch Brutzwiebeln, die zahlreich gebildet werden, in einem Sommer die Größe der Mutterzwiebel erreichen und im folgenden Frühling, nachdem sie in einem Kästchen mit trockenem Flußsand im Keller überwintert worden sind, im freien Lande dauernd wurzeln. Die Zwiebeln dieser herrlichen Art sind völlig frosthart, wenngleich es zum Schutze gegen die Fäulnis erregende Winternässe in dindigen, tonigen Böden ratsam ist, eine Kiste über die Pflanzstelle zu stülpen.

Mit der Zeit vermehrt sich die Lilie so sehr, daß man Dutzende von Zwiebeln im Boden finden kann. Dann erscheinen fast ebenso viel Stengel mit gewöhnlich um die Hälfte mehr Blüten, so daß es ein Bild von überwältigender Farbenpracht bietet.

Königin-Zwiebel.

Im allgemeinen wird bei uns jene Zwiebel-Sorte gebaut, die als Zittauer Riesen mit Recht sehr geschätzt sind. Sie halten sich verhältnismäßig lange und sind milde im Geschmack. Sehr scharfen Wettbewerb bereiten den Zittauer Zwiebeln die holländischen Sorten,

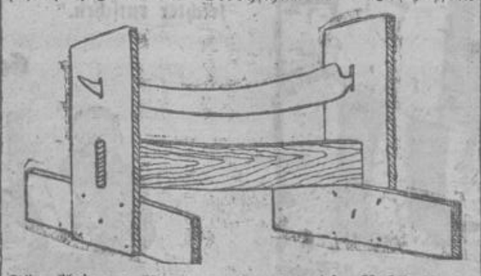


die allerdings nicht ganz so groß werden als jene, aber besonders fest und dauerhaft sind. Ueber diese allgemein bekannten Sorten sollte der Schrebergärtner aber andere weniger verbreitete, jedoch äußerst empfehlenswerte Arten nicht vergessen. Zu letzteren gehört die „Königin-Zwiebel". Jeder Gartenbesitzer, der sie einmal versucht hat, wird sie stets zu schätzen wissen. Sie ist eine silberweiße Sorte, die sich durch einen milden, süßen Geschmack vorteilhaft auszeichnet. Besonders wertvoll wird sie noch durch die Eigenschaft, bei zeitiger Aussaat schon früh im Sommer Zwiebeln von bedeutender Größe zu bringen. Die Königin-Zwiebel ist darum für jeden Hausgarten nur zu empfehlen.

#

Einfacher Strohschneider für kleinen Betrieb.

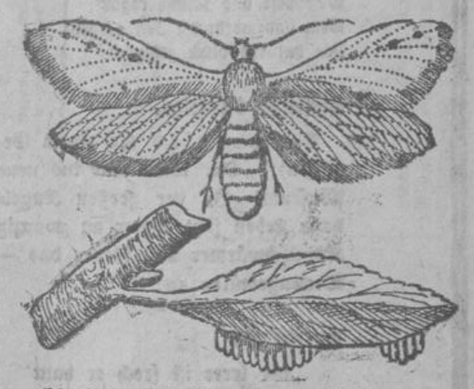
Jeder Viehzüchter weiß, wie schwer es ist, den Dünger aus den Ställen zu entfernen, wenn mit Langstroh gestreut wird, ganz abgesehen davon, daß das nachherige Ausstreuen eines solchen Düngers auf den Feldern mancherlei Schwierigkeiten bietet. Größere Viehhaltungen haben sich daher veranlaßt gesehen, sogenannte Strohschneider anzuschaffen.



Für kleinere Betriebe ist aber die Beschaffung eines solchen zu teuer. Hier hilft man sich dann vielfach, die Strohbündel einfach mit der Hand zu durchschneiden. Für solche Betriebe zeigt uns vorstehende Abbildung ein einfaches Hilfsgerät. Aus einigen festen Brettern und Latten wird das Gestell hergerichtet. Als Messer dient eine alte Sense, an der man die Hamme mit dem Hammer gerade geschlagen hat. Durch die beiden Schlitze gesteckt, verkeilt man das eine Ende bezw. befestigt es durch eine Schraube. Beim Gebrauch faßt man ein Bündel Stroh mit beiden Händen und führt es über die Schneide. In kurzer Zeit und mit geringer Mühe ist das Material für eine Einstreu in beliebiger Länge geschnitten.

Die Gespinstmotte.

Wenn die Rosen zu blühen beginnen, geht die Sache gewöhnlich an. Dann bilden sich häßliche, graue Gespinste auf den Apfelbäumen, die mit kleinen Räupchen klumpig angefüllt sind. Es sind die Räupchen der Gespinstmotte, und das, was unter einem Blatte in oft recht großer Zahl hängt, sind die schneeweißen Kokons des Tieres, das einen recht sündhaften Lebenswandel führt, indem es, wenn wir nicht Acht geben, unsere Obstbäume ganz und gar kahl fressen kann. Es gibt übrigens eine ganz ähnliche Art, die ganz ähnlich der hier beschriebenen Apfelgespinstmotte ist und für das weiterhin Gesagte genau so gilt, wie für diese. Das ist die Pflaumenbaumgespinstmotte, die aber auch Aepfelbäume befällt.



Oft Ende Mai schon finden wir diese Nester, die dann aber noch sehr klein sind. Die Räupchen fressen den Inhalt an Laub ab. Sobald der Vorrat aufgebraucht ist, legen sie anderswo ein neues, größeres Nest an, und so geht das oft 6—8 mal. Um den 20. Juni herum verpuppen sich die Räupchen in abgebildeter Weise; geselltig, wie sie in ihrem ganzen Leben waren.

Nach etwa 2 Wochen erscheinen die kleinen, zierlichen Schmetterlinge, indem sie die Puppen verlassen. Sie legen alsbald ihre Eier ab und aus diesen schlüpfen nach 4 Wochen, also noch im Herbst, die Räupchen aus; aber sie fressen nichts mehr, sondern suchen gemeinschaftlich schwer auffindbare Verstecke, spinnen sich dort ein und erwachen zum Fraß erst, wenn der Mai schon sehr schön warm geworden ist.

Die Räupchen, so klein sie sind, tun durch ihre große Anzahl und ihre große Gefräßigkeit doch sehr großen Schaden, indem sie das den Baum und seine Früchte ernährende Laub wegfressen. Man vertilgt sie am besten durch Abbrennen mit der sogenannten Raupenfackel wenn sie erreichbar sitzen, zur Schonung des Laubes besser noch durch Ausschneiden, worauf man sie dann tottritt.

#

Dem Durchfall bei Hühnern

kann auf verschiedene Weise begegnet werden. In Gebirgsgegenden flößt man Zweige oder Keime junger Fichtenreiser und mengt diese Spreu unter das Trinkwasser der Hühner. In anderen Gegenden streut man Tabakabfall in das Futter.

#

Siebt die Spreu!

Das sicherste und zugleich das wohlfeilste Mittel, die Spreu von ihren nachteiligen Bestandteilen möglichst zu befreien, ist das Sieben, und es sollte deshalb in keiner Wirtschaft ungesiebte Spreu verfüttert werden. Das Sieben gewährt auch noch einen anderen wirtschaftlichen Vorteil. Das Verfüttern ungesiebter Spreu ist nämlich ein Hauptgrund, daß das Ackerland trotz tiefer Kultur, Hackfrucht und Kleebaues, Fruchtwechsels, nie von Unkraut frei wird.